



**Anglo-German Foundation for the
Study of Industrial Society/
*Deutsch-Britische Stiftung für das
Studium der Industriegesellschaft***

Lebt es sich leichter als Türke in Berlin oder als Pakistani in Bradford?

Roger Boyes, Dorte Huneke

Lebt es sich leichter als Türke in Berlin oder als Pakistani in Bradford?

Roger Boyes
Deutschlandkorrespondent der London Times,
Trabener Straße 16, 14193 Berlin

Dorte Huneke
Freie Journalistin, Rodenbergstraße 4,
10439 Berlin

Juni 2004

Anglo-German Foundation
for the Study of Industrial Society

LEBT ES SICH LEICHTER ALS TÜRKE IN BERLIN ODER ALS PAKISTANI IN BRADFORD?

Through its work in Germany and in the United Kingdom, the Anglo-German Foundation seeks to foster dialogue and co-operation between the two countries. It supports research projects, seminars and conferences promoting the exchange of experience and ideas in the social, political and economic areas.

Die Deutsch-Britische Stiftung möchte mittels ihrer Tätigkeit in Deutschland und Grossbritannien den Dialog und die Zusammenarbeit der beiden Staaten fördern. Sie unterstützt gemeinsame Forschungsprojekte, Seminare und Konferenzen und setzt sich dabei besonders für den Erfahrungs- und Ideenaustausch im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich ein.

© 2004 Anglo-German Foundation

**Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society/
Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft
34 Belgrave Square, London SW1X 8DZ
Tel: +44 (0)20 7823 1123 Fax: + 44 (0)20 7823 2324
Website: www.agf.org.uk**

Inhalt

1	Eine schwierige Reise	1
2	Die Geschichte zweier Städte: Manningham und Kreuzberg	5
2.1	Warum Manningham?	5
2.2	Warum Kreuzberg?	9
3	Der Pass in eine neue Welt – Staatsbürgerschaft in Großbritannien und Deutschland	14
4	Ausbruch aus dem Ghetto	21
4.1	Gesellschaftsschichten – Der Aufsteiger in Bradford	22
4.2	Gesellschaftsschichten – Der Aufsteiger in Kreuzberg	24
4.3	Gesellschaftsschichten – Der Traditionalist in Bradford	26
4.4	Gesellschaftsschichten – Der Traditionalist in Kreuzberg	28
4.5	Gesellschaftsschichten – Der Außenseiter in Bradford	30
4.6	Gesellschaftsschichten – Der Außenseiter in Kreuzberg	32
5	Hindernisse markieren	37
5.1	Ein Stück Papier	37
5.2	Ein Stück Stoff	40
5.3	Ein Stück Land	42
6	Wege zu einer offenen Gesellschaft	46

1 Eine schwierige Reise

1933 brach J.B. Priestley zu einer „englischen Reise“ auf. Während er kreuz und quer durch das Land fuhr, fühlte er sich unwillkürlich zu seiner Heimatstadt Bradford hingezogen. Bradford, so der Weltenbummler, war „eine der provinziellsten und zugleich kosmopolitischsten britischen Provinzstädte.“ Das weltstädtische Flair erhielt Bradford durch den Wollhandel, aber auch durch den Zuzug deutscher bzw. deutsch-jüdischer Einwanderer des frühen bis mittleren viktorianischen Zeitalters. Die Häuser, in denen die Einwanderer lebten, gehören heute zu einem Großteil der britisch-pakistanischen Mittelschicht. Die damaligen Umstände lassen sich zwar nicht ohne weiteres mit den heutigen vergleichen, doch die Lehre, die Priestley vor langer Zeit aus seinen Beobachtungen zog, hat bis heute Gültigkeit: „Die Geschichte zeigt uns, dass Länder, die ihre Türen öffnen, hiervon ebenso profitieren wie die Länder, die große Teile ihrer Bevölkerung aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen vertreiben, für ihre mangelnde Toleranz stets bitter bezahlen.“

Unter diesem Motto könnte unsere Studie stehen. Kreuzberg hat, wie Bradford, durch die dort angesiedelten Einwanderer eine neue Identität gewonnen. Mit 53.000 Türken (Menschen türkischer Abstammung) und einer Gesamteinwohnerzahl von 148.000 ist Kreuzberg der größte türkische Stadtteil außerhalb Kleinasiens.

Ebenso wie Bradford übte Berlin auf Ausländer eine magnetische Anziehungskraft aus. Das Berliner Telefonbuch, das Namen von Abaci bis Zülfükar aufweist, ist ein historisches Zeugnis für den Bedarf an ausländischer Muskel- und Geisteskraft in einer expandierenden Stadt. Von 1900 bis 1914 hat sich die Bevölkerung Berlins von zwei auf vier Millionen verdoppelt – fast 400 zusätzliche Einwohner pro Tag; viele davon ausländischer Abstammung. Vor allem Kreuzberg war für Einwanderer stets attraktiv.

Kreuzberg – benannt nach der höchsten städtischen Erhebung, dem 66-Meter hohen Kreuzberg, auf dem Tempelritter und Ritter des Deutschen Ordens im Mittelalter Weingärten anlegten – wurde 1920 ein Bezirk Berlins. Bis Mitte der 1930er Jahre war Kreuzberg der am dichtesten besiedelte Bezirk. Nach 1946 waren nur noch 60 Prozent der 120.000 Wohnungen bewohnbar.

Nach dem Zusammenschluss mit Berlins kleinstem Bezirk Friedrichshain ist Kreuzberg heute mit 14.282 Einwohnern pro Quadratkilometer wieder der dicht besiedeltste Stadtteil. Kreuzberg führt die Rangliste der städtischen Arbeitslosen (27 Prozent) an. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist erschreckend hoch (23 Prozent), der niedrige Anteil an Grünflächen im innerstädtischen Vergleich verheerend (5 Quadratmeter pro Einwohner).

Weder Bradford noch Berlin stehen beispielhaft für herausragende Erfolgsgeschichten einer globalisierten Unternehmenskultur. Berlin, die Hauptstadt der größten Wirtschaftsnation Europas, steht kurz vor dem Bankrott und erlebt die Abwanderung wichtiger Industrien. Ein schwerer Kampf um die Vereinigung von Ost und West und jahrzehntelange staatliche Subventionen an West-Berlin haben die Stadt partiell gelähmt und im Gegensatz zu Hamburg, Stuttgart oder München unfähig gemacht, auf globale

Veränderungen zu reagieren. Bradford leidet nach wie vor an dem schon von Priestley beschriebenen Problem: die geographische Nähe zum prosperierenden Leeds und dem natürlichen Drang der jüngeren und ehrgeizigen Generation, das Glück außerhalb zu suchen. Priestleys Beobachtungen aus dem Jahr 1933 haben bis heute Gültigkeit: „Eine Stadt mit mehreren wirtschaftlichen Standbeinen kann sich einige Kanten abschleifen lassen; sie muss mit anderen Städten zusammenarbeiten; doch mit nur einem Standbein zeigte sich Bradford rundum kantig, mit harten provinziellen Ecken.“

In unsicheren Zeiten, wie beide Städte sie derzeit erleben, kann die Einwanderer-Gemeinde entweder als Last (steigende Arbeitslosenzahlen, sinkendes Bildungsniveau) oder heimliche Stärke empfunden werden. Niemand kann eindeutig vorhersagen, ob Berlin und Bradford grundsätzlich offene Städte bleiben oder angesichts europaweiter Furcht vor dem Islam und der Einwanderung im Begriff sind, die Tore zu verriegeln und die Fensterläden zu verschließen. Der Charakter einer Stadt ergibt sich aus einer komplizierten Dynamik: dem Drängeln und Schieben einer urbanen Gesellschaft.

Diese Entwicklungen wollten wir durch das Prisma einer scheinbar simplen Fragestellung betrachten: Lebt es sich einfacher als Türke in Kreuzberg oder als Pakistani in Bradford? Da Glück sich nicht mit wissenschaftlichen Maßstäben messen lässt, verzichteten wir – im Gegensatz zu den bisher von der AGF veröffentlichten exzellenten Studien zum Thema Einwanderung – auf einen wissenschaftlichen Ansatz. Außerdem wollten wir uns nicht zu Gefangenen politischer Etikettierungen machen lassen – Multikulturalismus, Parallelgesellschaften, ‚kommunaler Zusammenhalt‘ -, die unserer Ansicht nach das Nichtvorhandensein einer politischen Linie eher vernebeln statt alltägliche Situationen angemessen zu beschreiben. Berlin und Bradford waren in den beiden vergangenen Jahrhunderten fast immer „multikulturell“. Sie waren fremden Kulturen gegenüber offen und konnten an ihnen wachsen. Der Prozess war jedoch nie einheitlich. Bradford nimmt seit 1830 in großen Mengen Einwanderer auf. Die Stadt hatte einen eigenen Schiller-Verein und weitere deutsche Kultureinrichtungen. Während die Kaufleute meist Deutsche waren, rekrutierte man die Arbeiter meist aus polnischen und russischen Ghettos. Im Ersten Weltkrieg, während eines zunehmend antideutschen Klimas in West Yorkshire ‚anglisierten‘ viele jüdisch-deutsche Einwanderer nach und nach ihren Namen. In den 1930er Jahren las man in Lokalzeitungen Beschwerden über die Ankunft deutscher Juden, die vor den Nazis flüchteten. Nach 1945, als die neuen Einwanderer aus dem Süden Asiens eintrafen, teilte man nach ähnlichen Gesichtspunkten ein. Pakistani waren in Regionen mit Arbeitskräftemangel gern gesehene Helfer, vorausgesetzt, sie bemühten sich um eine britische ‚Haltung‘. „Wir sollten uns anpassen, also haben wir uns angepasst“, erinnert sich Abdur Rahman Saheb, ein ehemaliger Textilarbeiter, „aber wir konnten es den Leuten aus Yorkshire nicht Recht machen. Sie wollten, dass wir uns britisch gaben – aber zu britisch nun auch wieder nicht. Sie wollten uns reinholen und gleichzeitig raushalten.“ Die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit gewandelt, doch nicht immer zum Besseren, wie die Unruhen in Bradford sehr deutlich gezeigt haben. Die Offenheit einer Stadt, ihre Bereitschaft, neue kulturelle Elemente aufzunehmen, Tür an Tür mit ihnen zu wohnen, ist keine statische Größe, sondern muss ständig neu verhandelt werden. Berlin und seine Türken stellen ein ähnliches, wenn auch nicht in allen Teilen identisches Dilemma dar. Beide Städte spiegeln im Kleinen die grundsätzlichen Probleme ihrer Nation. Beide Städte haben, ebenso wie die Länder, mindestens zwei Dinge gemeinsam: Weder den Briten noch den Deutschen gelingt es, den positiven Einfluss der Migrantengemeinden auf das wirtschaftliche Wachstum in ganzer Breite zu erfassen. Zuwanderung (= Zuzüge minus Fortzüge) bleibt ein äußerst heikles politisches Thema. Die wenigsten Politiker sind bereit, sich für eine Sache stark zu machen, die sie

Wählerstimmen kosten kann. Vor allem Deutschland besteht nach wie vor darauf, kein Einwanderungsland zu sein. Der unmittelbare Grund ist klar: 4,3 Millionen Arbeitslose – in vielen ostdeutschen Kommunen sind mitunter 20 Prozent der Bevölkerung ohne Arbeit – haben die Gewerkschaften gegen den Zustrom 'billiger' Arbeitskräfte eingestellt, da er ihre Tarifpositionen untergraben könnte. Die zaghafte Verbindung zwischen der politischen Linken und der türkischen Gemeinde gerät dadurch unter Druck. Zwar warb Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der Wahl 2002 um die Gunst der Türken – 500.000 türkischstämmige Deutsche, darunter viele Wahlberechtigte –, doch das Unterfangen war bei seinen politischen Beratern umstritten: das Risiko, traditionelle SPD-Wähler zu verlieren, war ihrer Ansicht nach zu hoch. Bei Kommunalwahlen im Osten Berlins gehört das „Ausländerproblem“ weiterhin zur politischen Rhetorik fast aller rechten wie linken Parteien (Ausnahmen sind die Grünen und die PDS). Politiker in (westlichen) Bezirken mit hohem Ausländeranteil – allen voran Kreuzberg und Wedding – sind gezwungen, ihre Reden zu mäßigen und den Multikulturalismus zu verteidigen. Die Neuordnung der Berliner Bezirke durch die Senatsverwaltung, die Kreuzberg mit dem (ehemals Ost-Berliner) Friedrichshain zusammenschließt und Wedding mit dem (ehemals Ost-Berliner) Bezirk Mitte und dem (ehemals West-Berliner) Tiergarten, wird den Bezirksvertretern auf rhetorischer sowie auf politischer Ebene noch interessante Schwierigkeiten bereiten. Tatsache bleibt jedoch, dass nichts die Berliner Wähler mehr bewegt als das Thema Zuwanderung. Mitunter bringt schon die Unberechenbarkeit des Themas die Politiker dazu, es in Stillschweigen zu hüllen. Das Gleiche gilt für die politische Klasse in Bradford.

Gleichzeitig sind aber die Einwanderer die einzige Garantie für Bevölkerungswachstum, das wiederum für die Zukunft Großbritanniens und Deutschlands dringend nötig ist. Qualifikationsmangel herrscht in beiden Ländern. Eine UN-Studie stellt die Berechnung auf, dass zum Ausgleich des Geburtenrückgangs und zur Bewältigung der Rentenkrise, die sich durch steigende Lebenserwartung noch ausweitet, in Großbritannien ab sofort eine jährliche Zuwanderung von etwa einer Million nötig ist, während Deutschland (im Jahr 2050) pro Jahr bereits 3,4 Millionen Einwanderer braucht.

Die hier für einen Vergleich ausgewählten Zahlen spiegeln die dramatischste Möglichkeit von mehreren, veranschaulichen aber eine simple Tatsache: Wenn das gegenwärtige Niveau der Sozialsysteme der europäischen Länder erhalten bleiben soll, muss man lernen, Einwanderung als positive Kraft zu akzeptieren. Alternativen – die Senkung von Renten und staatlichen Leistungen, staatliche Anreize zur Steigerung der Geburtenzahlen – kratzen kaum an der Oberfläche des großen demographischen Problems. Ein Einwanderungsstopp in Deutschland würde die heutige Bevölkerung von rund 82 Millionen im Jahr 2050 auf 59 Millionen, die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter um 41 Prozent senken. Anders ausgedrückt: Deutschland braucht seine Türken wie in den 1960er Jahren, wenn nicht noch mehr. Ein rein instrumentaler Ansatz gegenüber türkischen Zuwanderern ist jedoch nicht mehr angemessen. Die Gastarbeiter-Generation altert, eine halbe Million ist bereits über 60, zunehmend verbringt man den Lebensabend in Deutschland. Bei einem Besuch in einem Berliner Altenpflegeheim nahmen wir erstaunt zur Kenntnis, wie viele der Bewohner Türken und wie viele der Zivildienst leistenden Krankenpfleger türkischer Abstammung waren. Im Jahr 2010 wird es in Deutschland 1,3 Millionen Rentner ausländischer Herkunft geben; im Jahr 2030 werden es 2,8 Millionen sein. Deswegen sind die Türken teilweise die „Lösung“ und teilweise das „Problem“. Es gibt offenbar kein stärkeres Argument für eine Einbindung der ethnischen Gemeinden in die öffentliche Diskussion.

Großbritannien steht nicht unter dem demographischen Druck wie Deutschland, und die Arbeitslosenzahlen sind niedriger. Doch die Unruhen in Bradford, Oldham und Burnley haben die Schwierigkeiten bei der Integration der Südasiaten offen gelegt. Großbritannien muss, wie Deutschland, für den Umgang mit großen, zunehmend selbstbewussten Minderheiten-Gemeinden ein angemessenes politisches Vokabular finden. Die den Südasiaten in Großbritannien zugestandenen Staatsbürgerschaftsrechte scheinen den Pakistani in Bradford auf den ersten Blick einen Vorteil gegenüber den Türken in Berlin zu verschaffen. Doch die scheinbaren Vorteile für Pakistani auf rechtlicher und politischer Ebene lassen sich nicht in jedem Fall in bessere private und berufliche Perspektiven umsetzen. Vor zehn Jahren galt die Ansicht, ein britischer Pakistani sei besser gestellt als ein deutscher Türke. Heute fällt der Vergleich nicht mehr so eindeutig aus. Warum gehen die angeblich so privilegierten britischen Pakistani auf die Straße, die Kreuzberger Türken aber nicht?

Wir haben versucht, Modelle für sozialen Aufstieg innerhalb der ethnischen Gruppierungen ausfindig zu machen (Reporter haben einen natürlichen Hang zu persönlichen Biografien). Wir wollten sehen, wie und warum Gelegenheiten genutzt oder ignoriert werden und anhand dieser Beispiele aktuelle Integrationshemmnisse beleuchten. Die entscheidende Frage lautete für uns: Wie viel Staat, wie viel Individuum? Das Gleichgewicht zwischen den Möglichkeiten staatlicher Integrationshilfe und der individuellen Bereitschaft, die eigene Zukunft im Gastgeberland zu gestalten, ist in Großbritannien offenbar anders als in Deutschland. Dennoch gibt es Parallelen. „Man muss nicht die deutsche Sprache lernen, sondern die Sprache der Bürokratie“, sagt Vural Öger, ein Deutsch-Türke, der ein Reiseunternehmen aufgebaut hat. „Das ist der erste Schritt zum Erfolg.“ Omar Khan, Inhaber des bekanntesten Bradforder Curry-Restaurants, stimmt zu: „Beide Seiten müssen sich aneinander anpassen, der Einzelne und der Staat. Aber am Ende ist es Sache des Staates, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Er muss uns unseren eigenen Weg in die britische Gesellschaft finden lassen, ohne dass wir gegen Windmühlenflügel kämpfen müssen.“ Kann Bradford von Berlin lernen – und umgekehrt?

2 Die Geschichte zweier Städte: Manningham und Kreuzberg

2.1 Warum Manningham?

„Die Branche war gut organisiert. Die pakistanischen Fachleute für Arbeitskräfteexport studierten wie Buchhalter die Einwanderungsbestimmungen rund um den Globus und suchten sich beim Roulette mit Emigranten-Bataillonen gegenseitig auszustechen: Hier (in den meisten europäischen Ländern) konnte man ein Besuchervisum überziehen, dort (England) Familienangehörige nachkommen lassen, dort (Kanada und USA) ein Studentervisum in eine normale Aufenthaltsgenehmigung umwandeln lassen, dort (Österreich und West-Berlin) politisches Asyl beantragen – und kurz vor dem Polarkreis (Finnland) noch ohne Visum einreisen.“

V.S.Naipaul in „Eine islamische Reise“

Das Hinterzimmer des „Belle Vue“-Fotoateliers auf der Manningham Lane erinnert an die Requisitenkammer eines Provinztheaters. Stapel alter Jacken, glänzender Krawatten, Plastikblumen, Kämmen, Kugelschreiber und Radios gehören zur Ausstattung: In den 1960er Jahren gehörte das Studio zu den ersten Adressen für junge Arbeiter-Einwanderer aus Indien und Pakistan. Die ersten Löhne flossen in einen Burton-Anzug; in der Regel vom Fotografen bereitgestellte aussagekräftige Accessoires wurden wie Trophäen in die Fotos gerückt, die man der Familie nach Asien schickte. Auf Archivfotos sieht man ernste und lachende, ordentlich gekämmte junge Männer, die mit stolzer Miene goldene Uhren oder andere Wohlstandssymbole tragen. Die Bilder sollten der Familie zeigen, dass Großbritannien genauso war, wie man es sich vorgestellt hatte.

Für einen jungen asiatischen Arbeiter war es in den boomenden Nachkriegsjahren in Großbritannien nicht schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Die britische Wirtschaft verzeichnete einen deutlichen Arbeitskräftemangel und begrüßte die Unterstützung aus den ehemaligen Kolonien. Die eingewanderten Arbeiter erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung. Der Nationality and Citizenship Act aus dem Jahr 1948 machte alle Bewohner der ehemaligen britischen Kolonien zu britischen Staatsbürgern. Aufgrund der florierenden Textilindustrie wurde Bradford zu einem der beliebtesten Ziele für Einwanderer aus dem südlichen Asien.

Die Wanderbewegung von Pakistani nach Großbritannien war zum großen Teil das Nebenprodukt von Zwangsumsiedlungen in der alten Heimat. Die Teilung Britisch-Indiens im Jahr 1947 – aus der Pakistan hervorging – führte zu einer großen wechselseitigen Völkerwanderung zwischen Indien und Pakistan. Diese entwurzelten Gemeinden waren am ehesten bereit, nach Großbritannien zu gehen. Eine ähnliche Wirkung hatte in den späten 1950ern der Bau des Mangla-Dammes. Über 100.000 Menschen waren zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen. Einige erhielten Grundstücke im Punjab, andere ließen sich in Pakistan nieder, doch viele finanzierten mit der Entschädigungszahlung eine Reise nach Großbritannien. Im Schnitt traten rund 30 Prozent der jungen Männer eines

umgesiedelten Dorfes die Reise nach Bradford an. Sie fuhren zwar nicht alle auf einem Schiff, doch an Bord entwickelten sich zahlreiche neue Kontakte. Die Bedarfslage in Bradford war eindeutig: Viele Männer waren im Krieg gefallen. Die Frauen waren aus unterschiedlichen Gründen nicht oder nur zögerlich bereit, die Lücken zu füllen. Die meisten Angehörigen der ersten pakistanischen Zuzugswelle nach dem Krieg wurden als Wollkämmer beschäftigt – einer schmutzigen Knochenarbeit, die Augen, Hände und Rücken ruiniert. Weiße Frauen aus Bradford übernahmen – angesichts des miserablen Lohns mit wenig Enthusiasmus – weiterhin die Tagschicht, da die neuen Nachkriegsgesetze ihnen Nachtarbeit untersagten. Die Nachtschicht war den Pakistani vorbehalten, mit der unmittelbaren Auswirkung, dass sie ‚unsichtbar‘ blieben: Tagsüber schliefen sie, erst nach Einbruch der Dunkelheit gingen sie in die Fabrik. In Folge zunehmender Arbeitsangebote übernahmen die Pakistani in anderen Bereichen auch die Tagschicht. Die Häuser in Manningham (und Little Horton) füllten sich zunehmend mit pakistanischen Einwanderern. Sie schliefen zu zehnt in 4-Zimmer-Wohnungen und gingen dann zur Arbeit. Wenn die Nachtschicht endete, kehrten zehn andere von der Arbeit zurück und legten sich in die noch warmen Betten. Die ersten Anti-Pakistani-Sprüche kamen auf: Angeblich hausten sie wie Ratten, angeblich waren sie unsauber. Jedenfalls waren sie ein ungewohnter Anblick. „Den einheimischen Mädchen wurde verboten, mit pakistanischen Jungs auszugehen. Wenn sich auf dem Fabrikgelände dennoch eine Liebelei anbahnte, gab es unter den weißen Bradfordern einen regelrechten Aufschrei“, erinnert sich die heute in einem Seniorenheim lebende Dulcie (82). In Wirklichkeit zeigten nur wenige Mädchen in Bradford Interesse: die meist aus ärmlichen Bauerndörfern stammenden Pakistani hatten nur spärliche Englischkenntnisse und noch weniger Geld. Ihr Leben war ein ständiger Kreislauf aus Arbeiten, Schlafen und Kochen. Die meisten kriegten die Küche Yorkshires nicht herunter. Doch sie besuchten eins der drei Kinos der Stadt, in dem Filme in Urdu liefen. „Ich erinnere mich nur an eine Liebesgeschichte“, erzählt uns ein 76 Jahre alter Klempner im Ruhestand. „Ein pakistanischer Busfahrer, ein gut aussehender junger Mann – seine Freundin bekam mächtig Ärger.“ Die Pakistani mit den besten Englischkenntnissen – d.h. mit anständiger Allgemeinbildung – landeten in der Regel bei den Bradforder Busunternehmen.

Anfang der 1960er Jahre ging der Bradforder Wirtschaft die Puste aus. Wenn es je eine Stadt gab, die den Niedergang Großbritanniens gespürt hat, dann Bradford. Die Wollproduzenten unterboten sich weltweit gegenseitig.

„Seit 1800 gilt Bradford als Synonym für Wollstoffe. Im Jahr 1800 gab es nur eine einzige Spinnerei, 1850 waren es 129, und am Ende des Jahrhunderts 338. 1961, als die örtliche Textilindustrie schrumpfte, waren noch 34% der Arbeitenden in der Textilindustrie beschäftigt.“

(„Destination Bradford“, Bradford Heritage Recording Unit. A Century of Immigration. 1987.)

Zur selben Zeit zerfiel das britische Weltreich. Seit der Suez-Krise (1956) gab Großbritannien das Ringen um eine globale Machtposition auf. In Bradford, und vor allem in Manningham, führte dies zu einer veränderten Rolle der pakistanischen Einwohner. Einerseits gründeten die ersten arbeitslosen Pakistani nach und nach eigene Unternehmen. Auf die speziellen Bedürfnisse der eigenen Volksgruppe zugeschnittene Dienstleistungen rangierten auf der Beliebtheitskala ganz oben: Restaurants, asiatische Lebensmittelgeschäfte, Schneider, Import-Export-Unternehmen. Gleichzeitig trafen Ehefrauen und Töchter ein: Die Einwanderungswelle frühen 1960er spiegelte den

Versuch, den Beschränkungen des Commonwealth Immigration Act von 1962 zuvorzukommen, der einen Schlusstrich unter den automatischen Erhalt der Staatsbürgerschaft setzte und statt dessen eine systematisierte Erteilung von Arbeitsgenehmigungen einführte. Zwischen 1960 und 1971 – die Einreise wurde durch das Zuwanderungsgesetz schwieriger – strömten pakistanische Frauen nach Manningham. 1971 lebten in Bradford 12.250 Pakistani, darunter 3.160 Frauen.

„Mein Vater hat sich bemüht, uns unterwegs etwas Englisch beizubringen. Ich hatte nie etwas von dieser Sprache gehört, also lehrte er uns im Zug einige Wörter“, sagt Riffat Akram. Der Lehrer kam 1964 im Alter von 11 Jahren nach Bradford. Wie in anderen Einwanderer-Gemeinden fungierten die Kinder bald als Übersetzer für ihre Eltern und wurden zu Integrationsdienstleistern. Sie kamen nicht nur in den vorteilhaften Genuss einer Schulbildung, sie lebten auch ohne den zermürenden Arbeitsrhythmus, der den Kontakt zu den weißen Einwohnern Bradfords auf ein Minimum reduzierte. Sie hatten Zeit, sich umzuschauen und ihr eigenartig verschrobenes Bild von Großbritannien der Wirklichkeit anzupassen.

„Ich dachte, es wäre in etwa so wie in den Büchern Enid Blytons“, sagt Nadira Mirza, die heute an der Universität Bradford arbeitet. „Viele nette pummelige Kinder, große, frei stehende Häuser mit ausufernden Rasenflächen. Ich hatte gehört, dass es dort sehr gutes Brot gab und etwas, das man 'jam' nennt. Ich stellte es mir sehr schön vor, aber auch sehr nass und regnerisch. Da war ich noch ein Kind in Pakistan.“

„Vor 1939 konzentrierte sich in Bradford eine kleine Gruppe Asiaten in den Straßen am unteren Ende der Manchester Road, doch Mitte der 1950er, während des Umbruchs in der Textilindustrie, stieg ihre Zahl an. In dieser Zeit kam es in vielen Fabriken zu Rationalisierungsmaßnahmen, und um diese Investitionen wieder reinzuholen, musste rund um die Uhr im Schichtbetrieb gearbeitet werden. [...] Die Arbeiter aus Asien wurden angelehrt, um die Nachtschicht zu übernehmen.“

(„Destination Bradford“, Bradford Heritage Recording Unit. A Century of Immigration. 1987.)

Die Ankunft der Frauen, die langsam keimenden Strukturen von Familienleben machten die pakistanischen „Gastarbeiter“ zu einer festen Größe im Bradforder Stadtbild. Sie hatten sich etabliert. Die Häuser in Manningham waren für die ersten Ankömmlinge schon wegen ihrer niedrigen Preise attraktiv, aber auch deswegen, weil die Räume gut teilbar waren und sich so viele allein stehende Arbeiter auf kleinstem Raum unterbringen ließen. „Die Reihenhäuser in Manningham und im Universitätsviertel boten ideale Bedingungen“, erklärt George Sheeran, Leiter des Studienschwerpunkts Pennine und Yorkshire an der Universität Bradford. Die Frauen sorgten dafür, dass die Pakistani über ihre Wohnverhältnisse nachdachten. Sie forderten mehr Intimsphäre, mehr Platz zum Kochen. Die Räume erfuhren eine Schönheitsoperation: Vorhänge wurden genäht. Ein Zimmer war zum Beten reserviert – die jungen muslimischen Erstankömmlinge waren in der Ausübung ihres religiösen Glaubens etwas nachlässig geworden. Nun wurden sie frommer – vermutlich, um bessere Ehemänner für muslimische Töchter abzugeben. 1981 lebten in Bradford 32.100 Menschen aus Pakistan und Bangladesch; 1991 waren es knapp 49.000 – jeder neunte Bewohner der Stadt.

Manningham erhielt ein neues Gesicht. Die Asiaten bemalten ihre Häuser mit leuchtend bunten Farben, als wollten sie sagen: Wir sind jetzt hier. Die frische Farbe markierte

jedoch einen wichtigen städtischen Trend: Die pakistanische Gemeinde spaltete sich in jene, die die ersten Schritte zur Mittelschicht-Existenz unternahmen, und solche, die sich höchstwahrscheinlich nicht vom Auftragsrückgang der Wollindustrie erholen würden. 1971 waren Bürger asiatischer Abstammung landesweit zu 6 Prozent arbeitslos, in der Gesamtbevölkerung lag die Zahl hingegen bei 5,4 Prozent. 1991 waren 28,5 Prozent männlicher Pakistani arbeitslos, unter den Weißen waren es 10. Der Vergleich ist leicht verzerrt – in den Zahlen von 1971 sind auch Männer indischer Abstammung enthalten, deren Beschäftigungsrate weitaus höher liegt. Hier zeigt sich jedoch ein landesweiter Trend, für den Bradford ein Beispiel liefert. Ein Aufblähen der allgemeinen Arbeitslosenzahlen unter Pakistani in Großbritannien entsteht zudem durch muslimische Frauen, die von ihren Ehemännern an beruflicher Betätigung gehindert werden, aber dennoch amtlich gemeldet sind.

Missbrauch von Frauen wurde – weitgehend stillschweigend und unsichtbar – ein Bestandteil des Lebens in Manningham. Der Fall Zoorah Shah zeigt einige der in Bradfords Einwanderer-Gemeinde gewachsenen Spannungen: ein Schwanken zwischen Anpassung und Widerstand. Zoorah kam 1970 aus einem pakistanischen Dorf bei Mirpur nach Großbritannien. Man hatte sie einem Fabrikarbeiter aus Bradford als Ehefrau versprochen. Als sie mit dem dritten Kind schwanger war, verprügelte ihr Gatte sie und ließ sie sitzen. Als Zoorah auf der Straße saß, wurde sie von ihren eigenen Brüdern verstoßen. Mohammed Azam, ein Drogendealer aus Manningham, bot sich ihr als Beschützer an und verhalf ihr zu einem Immobilienkredit. Auch er verprügelte sie und bot sie als Prostituierte an. Als er sich jedoch auch ihren Töchtern sexuell näherte, vergiftete sie ihn mit Arsen. Während des Mordprozesses verhinderte Zoorahs Scham, Details über die Prügeleien und ihre sexuelle Beziehung offen zu legen. Sie wurde zu 20 Jahren verurteilt. – Der Fall Zoorah Shah zeigt die Schwierigkeit der Anwendung konventioneller britischer Gesetze auf individuelle Migrantenschicksale: ein Gefangensein in traditionellen Kategorien von Ehre und Schande. In dem Moment, in dem Zoorah Shah ihren Ehemann verließ, war sie in einer konservativen muslimischen Gemeinde wie Manningham eine Ausgestoßene. Ihre Anwälte argumentierten, sie habe aus Verzweiflung gehandelt; der Richter machte sie für ihre Tat uneingeschränkt verantwortlich. Der Fall Zoorah Shah, außergewöhnlich nur in seinem extremen Finale und weil die Ereignisse publik wurden, veranschaulicht jedoch vor allem die gesellschaftlichen Spannungen, die in Manningham unter der Oberfläche brodeln. Großbritannien setzt seinen Modernisierungskurs fort; Teile der ethnischen Gruppierungen steigen in die Mittelschicht auf; andere bleiben auf der Strecke.

Lord Ouseleys „Bradford Race Review“ stellt die Frage: Wieso kommt es im Raum Bradford zu gesellschaftlicher, kultureller, ethnischer und religiöser Spaltung? Die Formulierung der Frage und der Hintergrund des Berichts vermitteln den Eindruck, die Spaltung sei ein neuartiges Phänomen; das Einheitliche sei der Normalzustand. In Wirklichkeit aber waren (von den ersten 8-10 Jahren der Zuwanderung abgesehen) Spannungen stets der Normalzustand. Die geographischen Koordinaten – Manningham und angrenzende Bezirke – blieben zwar gleich, doch nach der Schließung der Fabriken, der Ankunft der Frauen und der Festigung familiärer Strukturen hat die pakistanische Gemeinde einen Großteil ihrer Solidarität eingebüßt. In alten Fabrikgebäuden und Lagerhallen sind Moscheen entstanden. Nachbarschaftsverhältnisse definieren sich über die nächstgelegene Gebetsstätte. Eltern suchen den Imam für den Religionsunterricht ihrer Kinder aus. Seit die Pakistani sich in der Kommunalpolitik engagieren, spielen aus den Heimatdörfern importierte Beziehungsstrukturen eine Rolle.

2.2 Warum Kreuzberg?

„Sie hatten gar keine andere Wahl“, erklärt Yolanda Arias von einem ‚Quartiersmanagement‘ in Berlin-Kreuzberg, einem staatlich geförderten Nachbarschaftsprojekt. Als die türkischen Gastarbeiter in den 1960ern in Berlin eintrafen, war Kreuzberg ein relativ günstiges Pflaster und bot großzügige Wohnflächen.

Der Osten Kreuzbergs war schon immer ein Arbeiterviertel. Anfang des 19. Jahrhunderts (und stärker noch während der Industrialisierung), zogen viele Menschen aus ländlichen Gebieten nach Berlin, um Arbeit zu suchen. Von Kriegszerstörungen weitgehend verschont, standen in Kreuzberg noch viele Altbauten aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. In den 1950er und 1960er Jahren wurden kaum Neubauten errichtet. Der leichte Zugang zur Spree, die auch als Wasserreservoir diente, begünstigte im 19. Jahrhundert die Ansiedlung von Industrien und diente zum Warentransport. Die Kanäle wurden erweitert, neue Fabriken siedelten sich an: Kreuzberg bot ideale Standortbedingungen und einsatzbereite Arbeitskräfte. Hier liegen die Wurzeln der Luisenstadt, wie der Osten Kreuzbergs bis 1920 hieß, einem von mittelständischen Betrieben der verarbeitenden Industrie geprägten Arbeiterbezirk.

Der Bevölkerungszuwachs verlief durch den Zustrom aus den Dörfern rasanter als der Ausbau der Wohnflächen. Die durchschnittliche Fertigungszeit für ein Mietshaus wurde auf sechs Monate heruntergeschraubt. Die Eröffnung des Görlitzer Bahnhofs im Jahr 1867 – eine Bahnverbindung zwischen Berlin und Görlitz über 208 km – lockte zahlreiche Einwanderer aus Schlesien in die so genannte Luisenstadt. Die Zollmauer wurde abgeschafft, das Gebiet um den Görlitzer Bahnhof entwickelte sich in rasantem Tempo. 1871 wurden in Berlin 100.000 neue Zuzüge gezählt. Die Lebensbedingungen waren katastrophal. Um das Kottbusser Tor entstanden erste Mietskasernen, betrieblich organisierte Massenunterkünfte.

Der Grundsteuerbetrag richtete sich nach der Breite der vorderen Hausfassade, nicht nach der Größe der Gesamtfläche. Dadurch entstand die für Kreuzberg bis heute typische Architektur aus Hinterhöfen mit Seitenflügeln und Hinterhäusern. Die dunklen und engen Mietskasernen boten später günstigen Wohnraum für türkische Gastarbeiter.

1925 waren 22.000 Unternehmen in Kreuzberg registriert, vornehmlich im Druckgewerbe und Maschinenbau. Doch die Weltwirtschaftskrise erschütterte Kreuzberg schwer. Innerhalb einer äußerst heterogenen Sozialstruktur waren vor allem zahlreiche Kaufleute, Beamte und Ex-Soldaten betroffen. Eine Erklärung für die Tatsache, dass die NSDAP 1933 in Kreuzberg 32,8 Prozent der Wählerstimmen erhielt?

Die vielen jüdischen Geschäfte um das Kottbusser Tor wurden boykottiert und schließlich von den Nazis beschlagnahmt. Zum Zeitpunkt ihrer Machtübernahme lebten in Berlin rund 160.000 Menschen jüdischer Abstammung. 1945 waren es nur noch 6000.

Mehr als jeder andere Berliner Stadtteil wurde Kreuzberg vom Mauerbau geprägt. Die Absperrung aus dem Jahr 1961 machte aus der Innenstadt einen Randbezirk. 1963 verkündete der Berliner Senat das erste Stadtsanierungsprogramm: 43.000 Wohnungen sollten innerhalb von 10-15 Jahren der Abrissbirne zum Opfer fallen, 24.000 neue gebaut werden. Kreuzberg gehörte zu den betroffenen Bezirken. Die Folge: Niemand investierte mehr in Altbauten. Wer es sich leisten konnte, zog in die grünen Vororte.

Bis 1970 stammte die Mehrheit der in West-Deutschland lebenden Ausländer aus Italien, Griechenland, Spanien und Österreich. Mit 2,1 Millionen – 28 Prozent aller Ausländer in Deutschland – stellen die Türken die größte Minderheit dar. Die meisten Türken leben in den Industriegebieten Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs oder in Großstädten wie Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt, München. West-Berlin stellt aufgrund seiner geopolitischen Lage einen Sonderfall dar. Die Anwerbung begann hier erst drei Jahre nach dem Mauerbau. Die türkische Regierung zeigte keine Bedenken, ihre Bürger in das politisch unsichere Insel-Berlin zu entsenden.

Der Statuswandel, den Kreuzberg erlebte, erfolgte zeitgleich mit der ersten Welle türkischer Gastarbeiter. Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen vom Oktober 1961 führte zur Einreise vieler tausend Arbeiter (nach West-Berlin erst ab 1964). Artikel 9 verankerte für die Arbeiter ein Bleiberecht von zwei Jahren. In einem extra hierfür eingerichteten Verbindungsbüro in Istanbul wurden die Bewerber geprüft. Der türkische Übersetzer Sim San erinnert sich an die Massenabfertigungen: „Die Auswahl für Deutschland lief nach dem Prinzip 10 zu 1. Brauchte ein deutsches Unternehmen 10 Arbeiter, luden wir 100 Kandidaten zum Vorstellungsgespräch und zur medizinischen Untersuchung ein. Unser bester Kunde war die Deutsche Bundesbahn, die für ihre neuen Waggons eine ganze Armee von Reinigungskräften brauchte.“

Wie bestellt trafen die Türken in Kreuzberg ein und fanden Unterkunft. Für den Senat schien dies die perfekte Lösung, da die Arbeiter nach zwei Jahren wieder abreisen würden; die Häuser konnte man anschließend abreißen. Doch dies stellte sich bald als Fehlkalkulation heraus. Einige CDU-Politiker wollten ein Rotationsprinzip einrichten – jeder Arbeiter sollte nach zwei Jahren durch einen neuen ersetzt werden –, stießen damit jedoch auf den heftigen Widerstand der Industrie. Die Unternehmen wollten nicht immer wieder die Kosten für die Einarbeitung neuer Arbeiter zahlen; für sie war es besser, die 'Gäste' auf unbestimmte Zeit zu behalten.

Bundeskanzler Ludwig Erhard konstatierte, wenn die Deutschen bereit wären, pro Tag eine Stunde mehr zu arbeiten, brauche man keine ausländischen Arbeitskräfte mehr. Doch der Durchschnittsdeutsche hatte, auch wenn die Türken ihm nicht ganz geheuer waren, schon Gewinn aus den unverbrauchten, billigen Arbeitskräften geschlagen. Dem Migrationsexperten Friedrich Heckmann zu Folge konnten sich zwischen 1960 und 1970 etwa 2,3 Millionen Deutsche, vom einfachen Arbeiter bis zum Büroangestellten, beruflich verbessern. Dank der ausländischen Arbeitskräfte war Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Wochenarbeitszeit der Deutschen sank. Die Türken zahlten zwar Steuern, machten aber kaum Gebrauch von staatlichen Sozialleistungen.

1973 befand sich Deutschland in einer ähnlichen Situation wie Großbritannien 1962 vor dem Immigration Act. Die Bonner Regierung verkündete einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitsnehmer und beschloss nun, bereits angesiedelte ausländische Familien stärker zu integrieren. Die Wirkung trat, wie zuvor in Großbritannien, umgehend ein: Die Türken setzten alles daran, ihre Familien aus der Türkei nach Berlin zu holen. 1975 kam die Gegenreaktion in Form einer weiteren Anti-Immigrationsmaßnahme. Die Regierung senkte den Kindergeldbetrag für in Deutschland tätige türkische Arbeiter, deren Nachwuchs in der Türkei lebte. Mit dem gleichen Resultat: die türkischen Arbeiter

holten ihre Kinder nach Deutschland. Die Epoche des pendelnden Gastarbeiters war vorüber. Die Türken hatten sich, wohl oder übel, zum Bleiben entschieden. Die Kreuzberger Straßen füllten sich mit türkischen Kindern, die auf dem Bürgersteig ‚Himmel und Hölle‘ spielten.

Yolanda Arias beschreibt im Jahr 2004 eine Situation, die der von 1977 entspricht: Im Prinzip hat sich wenig geändert. „Kreuzberg hat im Durchschnitt das niedrigste Einkommensniveau Berlins, prozentual die meisten Kinder und gleichzeitig die wenigsten Spielplätze. Die Wohnverhältnisse sind zum Teil auf niedrigstem Niveau.“ Tatsächlich verzeichnet die Gegend um das Kottbusser Tor nach offiziellen Angaben das niedrigste Einkommen, den höchsten Arbeitslosenanteil (24 Prozent), den höchsten Sozialhilfeempfängeranteil (15,9 Prozent) und die höchste Einwohnerdichte. Im städtischen Vergleich führt Kreuzberg auch die Armutsstatistik an (26,4 Prozent).

Einige Lokalpolitiker mahnen, es gebe nicht ausreichend Kindertagesstätten und Schulen. Doch Martin Düspohl vom Kreuzberg-Museum weist darauf hin, dass dies längst nicht alles ist. Die Zahl der Kindertagesstätten und Grundschulen sei bedarfsgerecht. Das Problem liege vielmehr darin, dass Kinderbetreuung Geld kostet – viele Familien, deren Kinder von den dort erwerbzbaren Sprachkenntnissen profitieren könnten, sind nicht bereit, zu investieren.

Bis in die späten 1970er sank die Einwohnerzahl Kreuzbergs. Die rebellischen 1970er brachten jedoch neue Leute in den Stadtteil: Hausbesetzer, die, wenn auch in der Regel ohne engere Beziehungen, mit den Türken Tür an Tür lebten. Im Mai 1981 waren in ganz Berlin 168 Mietshäuser besetzt, davon 86 in Kreuzberg. Weitere Sanierungsprogramme folgten. „Straßenschlachtung. Geschichte, Abriss und gebrochenes Weiterleben der Admiralstraße“ lautet der Titel eines Buches von Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm: Das Schicksal eines Stadtteils, in den öffentliche Gelder in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für Baumaßnahmen geflossen sind.

1981 wurde die Stimmung den Türken gegenüber spürbar feindselig. Die freundlichste Miene aus regierungspolitischen Kreisen zeigte Richard von Weizsäcker als er am 2. Juli 1981 seine Antrittsrede als Regierender Bürgermeister Berlins hielt – und im selben Jahr den Posten des Berliner Ausländerbeauftragten schuf. Die Türken, sagte er, hätten die Wahl, „in ihre Heimat zurückzukehren, was wir mit materiellen Anreizen unterstützen, oder in Berlin zu bleiben. Wenn sie bleiben wollen, ist dies mit der Bereitschaft verbunden, Deutsche zu werden.“ Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer fletschte hingegen die Zähne und traf vorbereitende Maßnahmen, um die Ausländer in ihre Heimat zurückzutransportieren. Der Spruch „Das Boot ist voll“ machte zum ersten Mal die Runde.

Die Kreuzberger Türken fühlten sich unwohl. Derweil entwickelte sich in den Kiezen jedoch eine lockere Version multikulturellen Zusammenlebens – bevor dies Teil einer doktrinären Regierungspolitik wurde. In Sachen Straßenprotest standen türkische und kurdische Rebellen mit den anarchistischen Protestierern, den Hausbesetzern der Gegend, in einer Reihe. Seit 1987 kommt es am 1. Mai regelmäßig zu Straßenschlachten, bei denen man gegen Polizeiautos randaliert und Schaufensterscheiben einschlägt. Der gemeinsame Feind ist ‚der Staat‘. Bands wie ‚Ton, Steine, Scherben‘ stehen 1971 am Anfang der Bewegung, später folgte türkischer HipHop. Auf gemäßigerer Ebene haben sich junge deutsche Familien die multikulturelle Idee zueigen gemacht.

Bleibt Kreuzberg, die Wiege des deutschen Multikulturalismus, seinen Prinzipien treu? Was verbirgt sich hinter dem Image der Kreuzberger, jung und tolerant zu sein? „Kreuzberger Eltern schicken ihre Kinder gern in einen multikulturellen Kindergarten“, sagt Arias. Man kauft sein Gemüse beim Türken an der Ecke, experimentiert mit der türkischen Küche und grüßt die türkischen Nachbarn auf der Straße. Der Knackpunkt ist erreicht, wenn die Kinder ins Schulalter kommen. Dann ziehen viele junge deutsche Eltern in andere Stadtteile oder schicken ihre Kinder zumindest dort zur Schule.

Die Internationale Bauausstellung sorgte 1984-87 in Kreuzberg für eine Neuauflage der Stadtanierung: 1000 Kindergärtenplätze wurden geschaffen, Investitionen in Schulen und Jugendeinrichtungen verstärkt, Spielplätze ausgebaut, die Gewerbeausübung der Sexshops eingeschränkt. Kreuzberg präsentierte sich dadurch als Gegengewicht zu einer tendenziellen Anti-Einwanderer-Politik auf Bundesebene. Und es bot noch mehr als das: Kreuzberg war ein Stadtteil, der sich von einer Gesellschaft abgrenzte, die Kindern und ethnischer Vielfalt gegenüber offenkundig feindselig eingestellt war.

Die deutsche Wiedervereinigung nach dem Fall der Mauer stellt einen Wendepunkt dar: Kreuzberg rückt wieder ins Zentrum der Stadt. Der „Mythos Kreuzberg“ – multi-ethnisch, jung, alternativ, rebellisch – zieht nach wie vor Menschen aus ganz Deutschland an. Wohnungs- und Büromieten steigen. Gleichzeitig werden in hohem Maße öffentliche Fördergelder gestrichen. Seit der Wiedervereinigung investiert man in ehemalige Ostberliner Stadtteile. 1995 verhängte das Bezirksamt eine Haushaltssperre – eine Maßnahme, zu der man seitdem alle Jahre wieder greift.

Die jüngste Verschlechterung erlebte Kreuzberg vor dem Hintergrund einer verwirrenden Asyl- und Einwandererpolitik. Das Ende des Kommunismus führte zu einer Flut von Aussiedlern – hauptsächlich deutschstämmigen Russen, die nach dem aktuellen Staatsangehörigkeitsgesetz mehr oder weniger automatisch deutsche Staatsbürger werden können. Seit 1990 sind über 750.000 Kinder und Jugendliche dieser Art nach Deutschland gekommen. In Berlin haben sie sich in ärmeren Stadtvierteln niedergelassen, unter anderem in Wedding, Neukölln und Kreuzberg. Die meisten sprechen zwar ein miserables Deutsch, doch im Vergleich zu den Türken sind sie privilegiert. An Schulen, in Straßengangs und im Drogenmilieu sind sie eine Ursache von oftmals mit Gewalt verbundenen Konflikten. Die Kriminalitätsstatistik verzerrt oder vertuscht die täglichen Konflikte. „Angenommen, ein paar Auslandsdeutsche aus Kasachstan gehen auf einen Türken los; der Türke zieht ein Messer, verletzt jemanden an der Hand und die anderen hauen ab“, sagt Mehmet (17), der uns durch die Straßen ums Kottbusser Tor führt. „Die Polizei taucht auf – es ist halt 'n typischer Samstagabend –, und der Vorfall wird später unter 'Ausländer (Türke) greift Deutschen an' verbucht.“ Das Ringen um die Hackordnung findet auch unter ganz normalen Arbeitern statt; russische Deutsche bekommen leichter eine Arbeitsgenehmigung als Türken.

Die blutigen Kriege auf dem Balkan haben bei der Zuwanderung einen weiteren Faktor ins Spiel gebracht: die Ankunft von 300.000 bosnischen Flüchtlingen und Zehntausenden aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Viele Bosnier sind mittlerweile in ihre Heimat zurückgekehrt, aber jene, die illegal in Berlin arbeiteten, taten dies oft Seite an Seite mit Türken. Das führt zu verwickelten Gruppierungen – zu einer Ungewissheit, die in nichts mit den Erfahrungen der Pakistani in Bradford vergleichbar ist. Die Türken fühlen sich in Deutschland zwar zunehmend zu Hause, doch die neue Heimat präsentiert sich ihnen mit schwankendem Fundament. In Kürze wird sich ihnen eine neue Herausforderung stellen: Die Ankunft der als ‚vollwertige‘ EU-Bürger geltenden

Osteuropäer bringt ihr Sicherheitsgefühl ins Wanken. Die Türkei ist noch mehrere Jahre von einer EU-Mitgliedschaft entfernt; die türkisch-deutschen Einwohner werden erneut das Empfinden haben, auf der gesellschaftlichen Leiter eine Sprosse nach unten zu rutschen.

Wen wundert es, dass Berlin ein Universum von Parallelwelten bleibt, auch von armen Welten, resümierte 2002 der Berliner Journalist Rüdiger Soldt. Die ehemaligen Westberliner Bezirke Neukölln, Wedding und Kreuzberg – jeder einzelne hat einen hohen türkischen Bevölkerungsanteil – sind die Armenhäuser der Stadt. Das Durchschnittseinkommen liegt unter dem der ehemaligen Ostberliner Stadtteile.

Die örtliche Polizei verzeichnet die Gegend um das Kottbusser Tor als einen von 36 städtischen Brennpunkten: Drogenhandel, regelmäßige Überfälle und Razzien. Viele Berliner sehen in Türken und Arabern das Hauptproblem. Sie stellen mehr als ein Drittel der Kreuzberger Bevölkerung; in Kreuzberg selbst sind es etwa 33%, Eingebürgerte nicht mitgerechnet. 42 Prozent dieser Menschen sind arbeitslos. Tausende haben ihren Arbeitsplatz nach der Wiedervereinigung an ostdeutsche Kollegen verloren, die für niedrigere Löhne arbeiten durften.

3 Der Pass in eine neue Welt – Staatsbürgerschaft in Großbritannien und Deutschland

Ayfer Dururs Welt veränderte sich nicht, als sie Deutsche wurde. „Weder verlieh mir der Pass plötzlich eine neue Identität, noch verlor ich meine alte“, sagt sie. „Ich habe es getan, um meinen Eltern einen Gefallen zu tun; um ihnen zu zeigen, dass ich – im Gegensatz zu ihnen – weiß, wo ich lebe.“ Der kritische Punkt war für die angesagte Berliner Haar-Stylistin erreicht, als sie Geld brauchte, um einen eigenen Salon aufzumachen. Von den Banken abgewiesen, wandte sie sich an ihre mit der ersten Gastarbeiter-Welle nach Deutschland gekommenen Eltern. Diese gaben ihrer Tochter ihre Ersparnisse, mit denen sie sich eines Tages in ihrem anatolischen Heimatdorf ein Haus bauen wollten. Damit bewiesen sie nicht nur Vertrauen in Ayfers Talent, sondern auch in eine deutsche Zukunft. Viele jüngere (und zunehmend auch ältere) türkische Einwanderer haben eher ein pragmatisches als sentimentales Verhältnis zu ihrem Vaterland. Was kann die Türkei uns bieten? Was Deutschland? Das Thema deutsche oder deutsch-türkische Staatsbürgerschaft verliert bei der Beantwortung entscheidender Fragen rund um die Integration und Identität an Relevanz. Für die Pakistani in Bradford, die fast automatisch die britische Staatsbürgerschaft erhalten, hat die Farbe des Passes sogar noch weniger Einfluss auf ihr Selbstverständnis. Ahmood, den wir bei einem Glas Soda im Le Bleu Café in Manningham treffen, bezeichnet sich als Brite. „Aber nur, weil ich in Großbritannien geboren bin. Andernfalls müsste ich sagen, ich bin Pakistani, aber das bin ich nicht. Schon wegen General Musharaf und so. Es kommt darauf an, wer fragt: Ich kann britisch-asiatisch sein, auch britisch-pakistanisch – obwohl das blöd klingt. Ich bin Muslim, ein britischer Muslim. Am liebsten sage ich, ich bin Bradforder. Hier bin ich zu Hause.“

Was kann die britische Staatsbürgerschaft Ahmood und anderen britischen Pakistani geben? Zum Beispiel einen gewissen Schutz im Ausland: „Wenn ich im Urlaub nach Spanien reise, fühle ich mich dadurch eher europäisch als asiatisch. Ich kann einfach durch die Passkontrolle gehen. Außerdem nehme ich an, dass das britische Konsulat mir hilft, wenn ich in Schwierigkeiten gerate. Was würde geschehen, wenn ich einen pakistanischen Pass hätte? Nicht auszudenken.“

Die britische Staatsbürgerschaft bedeutet auch einen gewissen politischen Einfluss der Pakistani, den die Türken in Deutschland nicht genießen. Über 80 Prozent der erwachsenen Pakistani sind als Wahlberechtigte registriert. Ihre Wahlbeteiligung liegt bei rund 75 Prozent. Lange Zeit unterstützten die Pakistani die Labour Partei, aber ihr immenser Stimmanteil von über 80 Prozent in den 1970ern sank in den 1990ern auf gerade mal 50. Möglicherweise spiegelt diese Entwicklung auch einen gewissen sozialen Aufstieg: die Zahl pakistanischer Hausbesitzer und Unternehmer ist gestiegen. Man wählt konservativ. Der politische Umschwung könnte ein Hinweis auf eine stärkere Identifizierung mit einer muslimisch orientierten Politik und die Enttäuschung über die Haltung der Labour Partei zum Thema Islam sein. Vom mangelnden Verständnis innerhalb der Labour Partei hinsichtlich des Zorns der Muslime auf Salman Rushdie bis zu Tony Blairs Unterstützung der Kriege in Afghanistan und im Irak verläuft eine klare Linie. Asiatische Wähler verlieren den Enthusiasmus für politische Entwicklungen in Großbritannien.

Einige ziehen sich zurück, andere fühlen sich stärker zu einer muslimische Werte betonenden Politik hingezogen.

Für die Türken in Deutschland war das britische Staatsbürgerschaftsmodell vier Jahrzehnte lang nur ein Traum. Heute ist die deutsche Staatsbürgerschaft zwar greifbar, aber sie hat an Glanz verloren. Was genau bedeutet gesetzlicher Schutz im Ausland?

Arrangierte Ehe vs. Zwangsverheiratung

Eine arrangierte Ehe basiert auf dem Einverständnis beider Partner. Während junge Deutsche und Briten die Vorstellung elterlicher Einmischung ablehnen, zeigen sich manche Briten asiatischer Abstammung und junge Türken in Deutschland dieser Tradition gegenüber nicht gänzlich abgeneigt. Tatsächlich sind laut einer vom britischen Außenministerium in Auftrag gegebenen und von Mitarbeitern der Universität Bradford durchgeführten Studie in der pakistanischen Gemeinde Bradfords viele Jüngere der zweiten und dritten Generation glücklich mit der Vorstellung der arrangierten Ehe. Innerhalb der zweiten Generation der türkischen Gemeinde in Berlin haben etwa 40 Prozent ihren Ehepartner in der eigenen Familie gefunden.

Eine Zwangsverheiratung geschieht unfreiwillig. Jugendliche sind häufig zwischen dem westlichen Unabhängigkeitsdenken, der persönlichen Willensfreiheit einerseits, und traditionellen Werten andererseits gefangen.

„Papatya“ ist die einzige anonyme Kriseneinrichtung für türkische Mädchen in Deutschland. Jedes Jahr machen zwischen 80 und 100 muslimische Mädchen von dem Hilfsangebot Gebrauch. Etwa die Hälfte ist türkischer Abstammung. Der Berliner Senat schätzt, dass im letzten Jahr 250 Mädchen in der deutschen Hauptstadt zur Ehe gezwungen wurden.

Mindestens 1000 junge britisch-asiatische Frauen werden laut Schätzung jährlich zur Heirat gezwungen. Die Polizei in Bradford kommt jährlich mit etwa 70 Fällen in Berührung. In ganz Großbritannien kümmert sich die „Community Liaison Unit“ des Außenministeriums um über 200 Fälle pro Jahr. Oftmals kommt ein Rücktransport eines gegen seinen Willen ins Ausland verbrachten britischen Staatsbürgers hinzu. Die britische Regierung hat vor kurzem beschlossen, sich um die überseeische Ausweitung von Zwangsverheiratungen zu kümmern. Britischen Jugendlichen im Ausland wird empfohlen, in Fällen einer drohenden Zwangsverheiratung britische Behörden zu kontaktieren. In einigen Fällen kann das britische Konsulat helfen, den Rücktransport der britischen Staatsbürger nach Großbritannien zu organisieren. Britischen Jugendlichen asiatischer Abstammung wird geraten, vor Familienbesuchen in Pakistan Kontaktadressen zu hinterlassen.

Von welchem Belang ist ausgedehnte politische Einflussnahme in Zeiten weit verbreiteter politischer Apathie, bzw. Unzufriedenheit mit den Herrschenden? Die Staatsbürgerschaft eröffnet einem Berliner Türken die Möglichkeit einer Anstellung im öffentlichen Dienst, die derzeit EU-Bürgern vorbehalten ist, z.B. bei der Bundeswehr, der Polizei oder der Post. In welchem Maße werden diese Stellen von britischen Pakistani ausgefüllt? Die britische Staatsbürgerschaft gewährleistet theoretisch die Möglichkeit. Die Arbeitslosenzahl unter

Asiaten in Bradford liegt allerdings auf vergleichbarem Niveau mit der der Türken in Berlin.

Britische Asiaten scheinen sich eher auf eine ‚Aufweichung‘ staatsbürgerlicher Rechte zu konzentrieren als auf die relativen Vorteile, die ihnen im Gegensatz zu anderen Minderheiten in europäischen Ländern erwachsen. Vorherrschend ist nicht das Gefühl eines Privilegs, sondern das ständiger Benachteiligung. „In der Nachkriegszeit hat Großbritannien unsere Arbeitskraft dringend gebraucht“, sagt A. Sivanandan, „und um die Zuwanderung zu beschleunigen, machte uns der Nationality Act von 1948 zu britischen Staatsbürgern. Der Commonwealth Immigration Act aus dem Jahr 1962 war der erste Schritt, diese Staatsbürgerschaft zu demontieren. Im Grunde besagte er, dass Großbritannien unsere Arbeitskraft brauchte, aber nicht uns.“ Man muss der leicht labyrinthischen Logik Dr. Sivanandans nicht folgen, laut der eine enger gefasste Definition von Staatsbürgerschaft ‚staatlichem Rassismus‘ gleichkommt, der wiederum ‚institutionellen Rassismus‘ hervorbringt, um auf ein Paradox zu stoßen. Während britische Pakistani das Gefühl haben, zumindest eine Facette ihrer Identität zu verlieren, zeigen sich türkische Deutsche gegenüber der schrittweisen Öffnung des deutschen Staatsbürgerrechts argwöhnisch. Weder die Pakistani in Bradford noch die Türken in Kreuzberg sind zufrieden mit der Sonderstellung, die der Staat ihnen zuschreibt. Die neue deutsche Gesetzgebung ist eine erste vorsichtige Abkehr von den 1913 im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz festgelegten Prinzipien. Das Recht auf deutsche Staatsbürgerschaft wurde durch das Blut weitergereicht. Einbürgerung unterlag strengen Beschränkungen, galt als Ausnahme und wurde erst nach langen bürokratischen Prüfungen gewährt. Seit Januar 2000 wird allen in Deutschland Geborenen die deutsche Staatsbürgerschaft zugestanden. Der Staat hat damit zur Kenntnis genommen, dass die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Kinder in Deutschland ein neues Zuhause gefunden haben; der Staat erkennt zudem die drohende Instabilität, die von wachsenden, ihrer politischen Rechte entbundenen Minderheiten-Gemeinden ausgehen. Die Einbürgerungsvorschriften werden auf einer zwar heiteren, doch zugleich unheimlichen Webseite der Regierung vorgestellt: Eingebürgerte Deutsche erhalten demnach Bürgerrechte wie das Wahlrecht, das Recht auf freie Berufswahl, Schutz vor Auslieferung und Vertreibung. Ein Gedanke bleibt dabei unausgesprochen: Ausländer, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, aber dennoch hier leben wollen, kommen womöglich nicht in den Genuss dieser Rechte. Eltern, die dauerhaft und legal in Deutschland leben, sind für die deutsche Staatsbürgerschaft qualifiziert. Wurden ihre Kinder innerhalb der letzten 10 Jahre geboren, können sie in deren Namen eine Staatsbürgerschaft beantragen. Die Kinder dürfen die doppelte Staatsbürgerschaft bis zum Alter von 18 Jahren behalten, danach müssen sie einen ihrer Pässe abgeben. Anders als in Großbritannien wird eine dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft nicht toleriert. Nicht in Deutschland geborene Ausländer können die Staatsbürgerschaft beantragen, wenn sie seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben. Jeder Staatsbürgerschaftsanwärter muss eine Sprachprüfung ablegen und einen Eid auf die Verfassung schwören.

Trotz des Misstrauens gegenüber ausländischen Bürgern, die ihre ausländische Identität behalten wollen, ist das Gesetz nicht schlecht. Auf jeden Fall rückt es Deutschland näher an die europäische Norm. Tatsache ist jedoch, dass nur wenige Ausländer – insbesondere wenige Türken – das Angebot annehmen. Im Jahr 2002 waren rund 730.000 (27,6 Prozent) von 2,64 Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland deutsche Staatsbürger (zum Vergleich: in anderen europäischen Ländern haben durchschnittlich 34 Prozent der Menschen türkischer Abstammung die Staatsbürgerschaft ihres jeweiligen Gastgeberlandes angenommen). Teilweise erklärt sich dies durch die Rechte, die in der Türkei aufgegeben

werden müssen, was beispielsweise Erbschaftsangelegenheiten (Grundbesitz) im Heimatland kompliziert gestaltet. Vor allem erklärt sich das Zögern aber durch eine wesentliche Haltung gegenüber der deutschen Staatsbürgerschaft. Welche Vorteile bringt sie, welche inakzeptablen Pflichten, welche Verantwortung? In manchen Fällen läuft dies auf die einfache Frage hinaus, aus welchem Dorf man stammt und wie viele Verwandte noch in der Türkei leben. Für Metin Özbek aus der 1970er-Gastarbeiter-Generation fungiert die Staatsbürgerschaft als eine Art Anker: „Ich bin jetzt 63, und Kreuzberg ist mein Zuhause geworden. Ich will sicher gehen, dass ich meinen vollen Rentenanspruch behalte; dass nicht irgendeine zukünftige Regierung auf die Idee kommt, mich eines Tages rauszuschmeißen.“ Er klopft sich mit der Hand auf die Brust unter seiner Strickjacke: „Hier drinnen werde ich immer Türke sein.“ Einen pragmatischen Kurs fährt auch Dilek, die erst durch die deutsche Staatsbürgerschaft in Berlin Polizistin werden konnte.

Metin und Dilek sind Ausnahmen in ihrer Bereitschaft, die Staatsbürgerschaft zur Verbesserung eigener Lebenschancen einzusetzen. Sie verweisen aber auf eine insgesamt fehlende emotionale Bindung an Deutschland. In Großbritannien wie in Deutschland macht man sich ernsthafte Gedanken über etwas, das wir 'gelebte Staatsbürgerschaft' nennen wollen. Norman Tebitt brachte den Cricket-Test ins Spiel (England gegen Pakistan – zu wem hält man?) und musste schlagkräftige verbale Breitseiten einstecken. Auch die darauf folgenden politischen Äußerungen waren nicht mit sehr viel Weisheit gespickt. Die Unruhen in Bradford haben wichtige Fragen aufgeworfen. Geht eine ethnische Minderheit auf die Straße, weil der Staat in ihrer Wahrnehmung in der Pflicht versagt hat, für alle gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigung, Wohnungs- und Ausbildungsmarkt zu schaffen, lassen sich daraus nur zwei Schlüsse ziehen. Der erste: Der Staat muss seine Institutionen einer Überprüfung unterziehen. Werden Menschen aufgrund ethnischer Kriterien benachteiligt oder gar ausgeschlossen? Der zweite ist wesentlich verzwickter: Warum sehen die rebellischen Minderheiten den Staat nur aus einer handlungsorientierten Perspektive, warum ist ihr Britisch-Sein derart an Bedingungen geknüpft? Die Idee eines 'kommunalen Zusammenhalts', die unmittelbar nach den Unruhen in „Bradford Race Review“ erstellt wurde, basiert auf einer eher schwammigen Vorstellung allgemeinen Britisch-Seins. „Eine gemeinsame Staatsbürgerschaft ist nicht gleichbedeutend mit kultureller Uniformität. Unsere Gesellschaft ist multikulturell [...], es gibt keine dominante und statische Kultur, der sich alle anpassen müssen.“ Was also bedeutet moderne Staatsbürgerschaft? Einen Hochseilakt: „Staatsbürgerschaft bedeutet, einen gemeinsamen Boden für unterschiedliche Kulturen und Glaubensrichtungen zu finden, der mit unseren Grundwerten vereinbar ist.“

Die Debatte über die unterschiedlichen Volksgruppen und die Zuwanderung verlagert sich schnell auf die Frage nach den Grundwerten. Alle europäischen Länder wurden in die Diskussion hineingezogen. Als Frankreich das Tragen muslimischer Kopftücher an Schulen untersagte, berief man sich auf Werte, deren Wurzeln in der republikanischen Revolution liegen: das Prinzip der strikten Trennung von Kirche und Staat war den meisten Franzosen offenbar wichtiger als das Recht auf ein freies öffentliches Bekenntnis zu einer religiösen oder ethnischen Gruppierung: Weder Großbritannien noch Deutschland sind mit ähnlichen Grundsatzentscheidungen konfrontiert. In beiden Ländern hat sich die Grundwertediskussion – Wer sind wir? Wer gehört nicht dazu? Welche Werte sind uns gemeinsam? – mit den pragmatischen Themen vermischt, die durch Spannungen in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu Tage getreten sind. Es bedurfte der Rassenunruhen im Norden Englands, um eine Diskussion über nationale Identität anzustoßen. Es bedurfte der Anschläge vom 11. September 2001 auf die Vereinigten

Staaten, um Großbritannien und Deutschland zu bewegen, klare Grenzen zwischen den angeblich christlichen Werten des Gastgeberlandes und den islamischen Traditionen der Einwanderer zu ziehen. Die Leitkultur-Debatte in Deutschland hatte schon etwas früher, im Oktober 2000, eingesetzt – der Christdemokrat Friedrich Merz setzte sich für eine Überwachung islamischer Schulen durch den deutschen Staat ein und bezeichnete muslimische Beschneidungstraditionen als inakzeptabel. Merz wurde von Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, und von Bundespräsident Johannes Rau scharf angegriffen. Die Deutschen sollten nicht versuchen, die „Nummer eins“ in Deutschland zu spielen, sagte der Bundespräsident. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer riet Rau, sich nicht in „tagespolitische Themen einzumischen“. Er jedenfalls sei „stolz, Deutscher zu sein“. Der Präsident erklärt daraufhin, er sei nicht stolz, Deutscher zu sein – man könne nur stolz auf etwas sein, wozu man selbst beigetragen habe. Die Leitkultur-Debatte (Welche Werte sollten für Einwanderer Ton angehend sein?) hatte damit schon den Weg für eine Nationalstolz-Debatte im September 2001 bereitet. Die Anschläge von New York und Washington verschoben die Leitkultur-Argumente aus der rechten Ecke in die Mitte. Der sozialdemokratische Innenminister Otto Schily, in den 1980er Jahren einer der stärksten Verfechter der Grünen für eine multikulturelle Gesellschaft, setzte sich für die neue Vorsichtshaltung ein. In Deutschland ansässige Muslime wurden im Wesentlichen aufgeteilt in jene, die das deutsche System unterstützen – „Verfassungspatrioten“, wie Jürgen Habermas formulierte – und solche, die die deutschen Werte ablehnten. Was genau aber sollen diese Werte sein? Und wer soll sie festlegen? Der 11. September sorgte dafür, dass der für die Entwicklung der türkischen Minderheit entscheidende Differenzierungsprozess in die Hände der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaften überging. Moscheen wurden zu Objekten des Misstrauens. Sie sind es bis heute. Der religiöse Türke in Kreuzberg fühlt sich unwohl; der nicht-religiöse Türke wurde von den Ereignissen zwar nur gestreift, doch auch er spürt, dass die bürokratischen Strukturen sich gegen ihn verhärten. Der Staat dringt langsam in den Alltag vor.

Eine ähnliche Entwicklung ist in Großbritannien zu beobachten. Die Unruhen in Bradford im Sommer 2001 hatten der Regierung bereits signalisiert, dass so genannte „multikulturelle Viertel“ nicht mehr funktionierten. Der 11. September beschleunigte die Suche nach einer neuen Lösungsformel, die ihren Ausdruck im Cattle-Report vom Dezember 2001 fand: „Community Cohesion“ (Kommunaler Zusammenhalt). Innenminister David Blunkett verkündete (ebenfalls im Dezember 2001) Regierungspläne, die einen Treueeid und obligatorische Englischprüfungen für Einwanderer vorsahen. Es sei, sagte er, in der Vergangenheit innerhalb der ethnischen Gruppierungen zu einer Überbewertung der „kulturellen Vielfalt“ und einem „moralischen Relativismus“ gekommen. Die muslimischen Minderheiten entfremdeten sich eher vom normalen Britentum als sich ihm anzunähern. Der Staat wollte seine Autorität zurückerobern. Das Kräftespiel zielte jedoch nur darauf, in Bradford und anderen konfliktbelasteten Ortschaften wieder Ordnung einkehren zu lassen. Es wurde Wert gelegt auf eine Differenzierung zwischen integrationswilligen Muslimen und jenen, die entschlossen waren, in einer Parallelwelt zu leben, statt ein neues, attraktiveres Konzept für eine britische Staatsbürgerschaft zu entwerfen.

Gemeinsam war der Debatte in Großbritannien und Deutschland die Überzeugung, dass die Idee der multikulturellen Gesellschaft (für zwei Jahrzehnte der Leitfaden für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen) ausgedient hatte. Keine der beiden Regierungen konnte jedoch bisher mit einem plausiblen Alternativkonzept aufwarten. Wir haben in Bradford und Berlin den Eindruck gewonnen, dass Deutschland stärker als Großbritannien an der Idee der multikulturellen Gesellschaft festhält. Ein Grund dafür mag sein, dass in Großbritannien das Misstrauen gegenüber dem Multikulturalismus aus

beiden Richtungen kommt: Von einer Regierung, die angesichts der Zunahme so genannter Parallelgesellschaften alarmiert ist, und von jenen Vertretern der ethnischen Gruppierungen, die in diesem Konzept vor allem ein Kontrollinstrument sehen. Ursprünglich war der Multikulturalismus eine Antwort auf Enoch Powell und sollte das Zeichen setzen, dass nichtweiße Gruppierungen in Großbritannien eine wichtige und beständige Rolle spielen. Die heranwachsenden Generationen forderten jedoch mehr. „Die hier Geborenen wollten die Gesellschaft verändern, statt nur in ihr geduldet zu werden“, sagt Arun Kundnani. „Die Unruhen in den frühen 1980ern waren der deutlichste Ausdruck dieser Veränderung. Damals wandelte sich der Multikulturalismus von der Verteidigungsstellung zum Kontrollinstrument.“ Multikulturalismus bedeutet laut Kundnani seitdem, die schwarze oder asiatische Kultur von der Straße zu holen – „wo sie politisiert und zur Rebellion gegen den Staat geworden war“ – und unschädlich zu machen, „sie in Ratsversammlungen, Klassenzimmer und ins Fernsehen zu bringen, wo man sie institutionalisieren, anleiten und versachlichen kann. Dann hat der Staat versucht, Vertreter ethnischer Minderheiten zu rekrutieren und nachträglich bei Wahlen aufzustellen. Ihnen wurde freies Walten innerhalb ihres Bereichs zugesagt; vorausgesetzt, sie hielten sich von radikalen Machenschaften fern. Es war eine kolonialistische Vereinbarung.“ Zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen setzte ein Wettbewerb um Fördermittel und projektbezogene Unterstützung ein, der Risse durch die ethnisch gemischten Gemeinschaften zog, „horizontal nach ethnischer Herkunft, vertikal nach Schichtzugehörigkeit“. Dies scheint uns eine eher düstere Interpretation des Multikulturalismus zu sein, die jedoch von vielen aktiven Vertretern der ethnischen Gemeinschaften geteilt wird. Die Zunahme von „Parallelgesellschaften“ wird sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten der Vertreter ethnischer Gruppierungen als direkte Konsequenz des Bruches mit dem Multikulturalismus gesehen. Deutschland war bisher mit diesen Themen nicht im gleichen Ausmaß konfrontiert; immerhin hat es dort bis heute keine Unruhen wie in Bradford oder Oldham oder offene Konfrontationen vergleichbarer Größe gegeben. Während unserer Ermittlungen in Kreuzberg suchten wir Antworten für die Gründe: Unsere Befürchtung ist, dass zeitgleich mit dem schrittweisen Versuch der Regierung, die Staatsbürgerschaftsrechte zu erweitern sowie dem Näherrücken der Türkei an die EU (Vorverhandlungen könnten 2005 beginnen) die Erwartungen der türkischen Gemeinde zunehmen, während der deutschen Regierung die Mittel und das Vokabular fehlen, um mit den steigenden Ansprüchen fertig zu werden. Auf die deutschen Städte kämen sodann die gleichen Probleme zu, wie sie in Großbritannien spürbar wurden. Gleichzeitig hat hier eine ähnliche Erosion multikultureller Werte stattgefunden wie in Großbritannien. Das Leben der Selbstmordpiloten der so genannten Hamburger Zelle, die den Angriff auf die USA durchführten, zeichnet diesen Mentalitätswandel ab. Einer dieser Männer spielte Fußball in einem deutschen Ortsverein, ein anderer flirtete mit seiner Vermieterin, und Mohammed Atta, der Anführer der Truppe, galt als Musterschüler. Nach und nach wurden sie Teil eines Mikrokosmos, in dessen Zentrum die Moschee stand. Mit Deutschen kamen sie kaum in Berührung. Sie flohen aus einer multikulturellen in eine Parallelgesellschaft, und niemandem fiel es auf, weil im ganzen Land das gleiche passierte. Die Vorstellung, eine engere Definition von Staatsbürgerschaft (Angehörige eines „zusammenhaltenden Gemeinwesens“, wie der Fachausdruck seit Bradford lautet) könne die Entwicklung umkehren, ist lächerlich. Mohammed Atta hatte beispielsweise fast die Voraussetzungen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllt. Er sprach ausgezeichnet Deutsch. Der Cattle-Report drängt den Staat, die institutionellen Probleme (Bildung, Wohnungsmarkt, Beschäftigung) anzugehen und die Staatsbürgerschaft zu einer Art Gleichberechtigungscharta für britische Asiaten zu machen. Das Abkommen scheint eine Richtung einzuschlagen, die in etwa so lautet: „Wir stärken unsere Bemühungen

dahingehend, eure Bedürfnisse zu decken – im Gegenzug erwarten wir von euch, die angebotenen Gelegenheiten wahrzunehmen“. Von außen betrachtet erscheint der Cattle-Report ausgesprochen mager. Das Konzept der 'kohäsiven Staatsbürgerschaft' (ein sich stärker auf den Zusammenhalt der Kommunen gründendes Konzept der Staatsbürgerschaft) lässt sich jedenfalls in dieser skizzenhaften Form nicht nach Deutschland exportieren.

Wir sind überzeugt, dass der praktische Multikulturalismus, das einfache, alltägliche Nebeneinander auf beruflicher und privater Ebene, noch immer Leben in sich trägt. Der Staat hat den Glauben an diese Idee vergiftet, weil er lenkend einzugreifen versuchte, indem er Geld an bestimmte Gruppierungen verteilte und andere vernachlässigte. Er sollte sich vielmehr darauf beschränken, in den von ethnischen Minderheiten dominierten Bezirken Hindernisse gegen den gesellschaftlichen Aufstieg aus dem Weg zu räumen. Der aus Bradford stammende pakistanische Schriftsteller Yunis Alam bricht eine Lanze für die Unvollkommenheit einer multi-ethnischen Stadt. Der Staat sollte die daraus resultierenden Spannungen als Quelle positiver Energie sehen. In Bradford pulsiert seiner Meinung nach das Leben. „Bradford ist äußerst multikulturell. Je mehr Menschen an einem Fleck zusammenleben – selbst wenn alle Einwohner die gleiche ethnische Abstammung haben -, umso mehr steigt das Konfliktpotenzial. Sobald Unterschiede hinzukommen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte entstehen, umso größer. Darum geht es bei der Idee des Multikulturalismus. Es bedeutet aber nicht, dass man es lieber sein lassen soll. Es bedeutet nicht, sich der daraus erwachsenden Herausforderung nicht zu stellen, in einer mannigfaltigen Gemeinschaft zu leben, in einer Stadt der Vielfalt.“

Mit anderen Worten, in Bradford existiert etwas, das gut funktioniert: Es ist zwar schwer zu ermessen und widersetzt sich im Wesentlichen staatlicher Lenkung, aber es erwächst aus ethnischer Kooperation und Wettbewerb. Das gleiche gilt für Kreuzberg. Unsere Berichterstattung von dort nährt den Eindruck, dass die türkische Gemeinde zum dynamischsten Element der Hauptstadt geworden ist. Wir sind überzeugt, dass uns ein Freisetzen dieser Energien in beiden Städten mehr über die Integration von Minderheiten lehren könnte als verschlungene Debatten darüber, wo die Grenzen einer Staatsbürgerschaft liegen. Die in beiden Städten am häufigsten gestellte Frage lautet nicht „Wer bin ich?“, sondern vielmehr „Wohin gehe ich?“. Identität bildet sich heute anders als vor 20 Jahren. Die Globalisierung, die sich verschiebenden Grenzen in Europa, neue Technologien und neue Anforderungen im Bildungssystem haben den Blick der Einwanderer auf ihre Gastgeberländer verändert.

4 Ausbruch aus dem Ghetto

Die Fragen der Migration lassen sich nicht durch Anwendung konventioneller Kategorien klären. Weder die Pakistani in Bradford noch die Türken in Berlin bilden eine monolithische Einheit. Sie unterscheiden sich nicht nur durch Herkunftsregionen und ethnische Abstammung (ein „Türke“ in Berlin kann auch ein Kurde sein, ein Alevit, ein Sunnit), sondern auch durch Persönlichkeits- und Familienstrukturen. Eine Familie, mit der wir in Kreuzberg zusammentrafen, bestand aus einem Elternpaar und sechs Kindern (ein Polizist, ein Kaufmann, ein Drogenhändler, eine Grundschullehrerin und zwei Hausfrauen) und vereinte somit mindestens vier unterschiedliche Welten. Die Interessenkonflikte zwischen den beiden Brüdern – während der Streife fährt, dealt der andere mit Drogen – wurden beim Abendessen mit Schweigen übergangen. In einer ähnlich strukturierten pakistanischen Familie führte der Vater seinen abtrünnigen Sohn zur Moschee. Das Gespräch mit dem Imam brachte zwar keinen Erfolg, zeugte aber von der Erkenntnis, dass die Familie keine tief sitzenden Spannungen mehr in Eigenregie lösen kann. Die Kluft zwischen der Generation der Erstankömmlinge und ihren Enkelkindern ist zu groß; die elterliche Autorität schwindet, die Verbindungen zum Heimatland brechen ab; gesellschaftliche Ansprüche verändern sich rapide. Hinzu kommt, dass inzwischen auch die Herkunftsländer von einer rasend schnellen Modernisierungswelle erfasst wurden. Die Zahl der Besitzer von Mobiltelefonen ist sowohl in der Türkei als auch in Pakistan in den vergangenen sechs Jahren nach oben geschneilt; eine wachsende urbane Mittelschicht beider Länder nutzt das Internet. Ein abenteuerlustiger junger Mann, der in den 1960ern aus einem pakistanischen oder anatolischen Dorf emigriert ist, muss folglich feststellen, dass er mit der Entwicklung seiner Urheimat nicht mehr mithalten und mit seinen Kindern kein wegweisendes Gespräch über deren Zukunft im Gastgeberland führen kann. Er erreichte Deutschland, bzw. Großbritannien ehemals mit der Vorstellung, zu den Besserverdienenden zu gehören. Die familiäre Hierarchie richtete sich dementsprechend aus. Heute ist diese Generation an den Rand gedrängt und traditionelle Autoritätsstrukturen sind im Auflösen begriffen.

Aus dieser Neustrukturierung in Migrantenkreisen glauben wir drei Typen herausfiltern zu können: den Aufsteiger, den Traditionalisten und den Außenseiter. Wir stießen auf diese Modellcharaktere sowohl in Bradford als auch in Berlin. Ihre Probleme, die Lösung derselben und die Organisation ihres Lebens werfen einige Fragen auf, die wir stellen müssen. Was sind die Voraussetzungen für Erfolg? Ist ein Ausbruch aus dem Ghetto ein Erfolgsmaßstab? Inwiefern scheitert der Staat an seinen Einwanderern? Inwiefern scheitern sie an sich selbst?

Die Aufsteiger beider Städte kommen aus einem unternehmerisch geprägten Milieu. Die Tante-Emma-Laden-Kultur haben sie vor allem mit Hilfe des Bildungssystems im Gastgeberland hinter sich gelassen. Sie sind bereit, für einen finanziellen Aufstieg finanzielle Risiken einzugehen. Die Familie, die Kapital und Kontakte liefert, spielt eine entscheidende Rolle. Zur Heimatstadt (gemeint sind Bradford, bzw. Berlin) haben sie ein

vielschichtiges Verhältnis. In den meisten Fällen stellten wir fest, dass erfolgreiche Einwanderer eher dazu tendieren, ihr Viertel zu bereichern statt ihm zu entfliehen.

Die Traditionalisten sind nach unserer Auffassung jene Einwanderer-Nachkommen, die im Wesentlichen die Werte ihrer Eltern akzeptieren und sich in der Tradition wohl fühlen. In der Regel übernehmen sie Läden und Geschäfte, und selbst wenn sie möglicherweise neue kommerzielle Methoden einführen, sind ihre Träume eher eine verfeinerte Fortsetzung als eine Ablehnung der Errungenschaften der älteren Generation.

Die Außenseiter sehen sich selbst nicht als solche. Die Arbeitslosigkeit in den türkischen und pakistanischen Gemeinden ist überproportional hoch; die Schulabbrecherrate liegt ebenfalls über dem Durchschnitt. Die Folge, zumindest in Manningham und Kreuzberg, ist eine Subkultur der Jungen. Gangs, die eine eigene Sprache sprechen und bestimmte Rituale pflegen; Straßenschlägereien und Drogenkriminalität, aber auch Musik, Kumpelhaftigkeit, Liebesgetändel und sogar privates ‚Für Ordnung sorgen‘. Die Polizei von Bradford und in Berlin sieht in diesen Cliquen marginale Kräfte mit potenziellem Störfaktor. Die jungen Türken und Pakistani sehen sich dagegen als Teil einer in ihren Grundzügen defensiven urbanen Organisation. „Wir passen selbst auf uns auf“, sagt ein türkischer Gang-Anführer, „weil es sonst niemand tut.“

Die kurzen Biografien, die wir präsentieren, beziehen sich auf lebende Menschen, nicht auf Stereotypen. Jede einzelne wirft Fragen zu unserem Thema auf, wie viel Verantwortung der Staat bei der Integration seiner Einwanderer übernehmen sollte.

4.1 Gesellschaftsschichten – Der Aufsteiger in Bradford

Irfan Ajeeb ist ein „Yummie“ (Young and Upwardly Mobile Muslim): ein junger aufstrebender Muslim. Mit einem glänzenden Hemd und geigeltem Haar tritt Ajeeb uns voller Stolz im Bradforder Nationalmuseum für Fotografie, Film und Fernsehen entgegen. Er ist der sprühende Geist des internationalen „Bite the Mango“-Filmfestivals, das unter anderem viele asiatische Filme zeigt. Seine Hoffnung war einst, das expandierende Festival könnte das ausschlaggebende Kriterium in Bradfords Bewerbung zur Kulturstadt 2008 sein.

Es hat nicht sollen sein: Liverpool wurde die Ehre zuteil. Doch schon die Vorstellung, von der Curry- zur Kulturhauptstadt aufzusteigen, genügte, um landesweit Aufsehen zu erregen. Ein besonderes Faible fürs Kino hatte die asiatische Gemeinde freilich schon immer. Bradford führte also nur eine moderne Tradition fort, als es das Potenzial seiner asiatischen Dimension erkannte, durch das es auf internationalem Parkett an Attraktivität gewinnt.

In den 1960ern und 1970ern gab es in Bradford etwa ein bis zwei Dutzend Kinos, in denen asiatische Filme liefen. Für viele Asiaten war das Kino der einzige Ort der Entspannung. „Die Leute kamen aus dem ganzen Land angereist – sie veranstalteten Tagesausflüge, um ins Kino zu gehen, um etwas Außergewöhnliches zu erleben“, erklärt Ajeeb. „Die Filme aus Indien und Pakistan waren damals etwas Außergewöhnliches. Es gab dreistündige Kino-Epen mit Tanz, vielen bunten Farben, Gefühl und Romantik. Ein Teil ihres Erfolgs lag darin, dass die Menschen sich an ihre Heimat erinnert fühlten. Meine Mutter und mein

Vater haben mir oft beschrieben, dass die Massen nach dem Abspann weinend vor dem Kino standen, überschwemmt von Erinnerungen an ihre Heimatdörfer.“

Mittlerweile sind die pakistanischen und indischen Kinogänger anspruchsvoller geworden und fühlen sich zu den neuen Technologien hingezogen. Eine Untersuchung von Sky TV ergab, dass britische Asiaten im Vergleich zu anderen britischen Familien doppelt so häufig im Besitz eines DVD-Players sind (31 Prozent, doppelt so viele wie der britische Durchschnitt), mehr Computerspiele und häufiger Internetanschlüsse haben (drei von vier Familien; der landesweite Durchschnitt liegt bei 50 Prozent). „Die Zahlen verweisen auf steigende Wettbewerbsfähigkeit asiatischer Familien“, sagt Ajeeb. „Wenn jemand zum erfolgreichen Unternehmer oder Fachmann wird, will er seine Wohnung mit den neuesten technischen Geräten ausgestattet haben. Man will besser sein als der Nachbar. Ich kenne nicht eine asiatische Familie, die keinen DVD-Player besitzt.“

Trotzdem spielt auch das Kino weiterhin eine große Rolle im Leben der jungen Asiaten. Hier lernt man sich kennen. Hier reifen romantische Träume und Ideale. Ajeeb, der in Manchester Graphik-Design studiert hat, bevor er nach Bradford zurückkehrte, um Direktor des Mango-Filmfestivals zu werden (er ist außerdem ein bekannter Filmkritiker beim Bradforder „Asian Eye“), begriff schnell, dass Bollywood eine Brücke zwischen Yorkshire und dem Subkontinent darstellen könnte. Bollywood ist Indiens musikalische, stark stilisierte Antwort auf Hollywood. Die Filmmacher in Bollywood wissen genau, was sie tun – sie zielen auf das Massenpublikum. „Jedes Mal, wenn ich dort bin, spüre ich eine unglaubliche Begeisterung. Es versetzt mich zurück in meine Kindheit, die Vorfreude auf Geschenke zu *Eid* und zu Weihnachten.“ Dieser Enthusiasmus hat ihn der asiatischen Filmproduktion näher gebracht. Zunächst Bombay, dem Zentrum der indischen Filmindustrie, und schließlich Lahore, der Heimat Lollywoods, der pakistanischen Entsprechung Bollywoods. „Ich habe in Lahore und Karatschi einige sehr erstaunliche junge Dokumentarfilmer kennen gelernt“, sagt Ajeeb. Doch er sieht auch, dass die indischen Filmemacher die Nase vorn haben – höhere Zuschauerzahlen, höhere Budgets. „Die Pakistani kämpfen um den Anschluss... bis ein Pakistani in einem indischen Film auftaucht, werden wohl noch 15 Jahre vergehen.“

Ajeebs unternehmerisches Talent bestand darin, diese Filmemacher zu überzeugen, Bradford ernst zu nehmen. Der Sohn pakistanischer Einwanderer akzeptierte damit die Notwendigkeit, mit Menschen aus Indien zusammenzuarbeiten, die Marktführerschaft der Inder anzuerkennen. Ein Schlüssel für den Aufstieg der Pakistani könnte somit in der Bereitschaft liegen, sich ein Etikett anzuheften, das ihnen im Gastgeberland überreicht wurde: der unternehmerische Auftritt als britischer Asiate erweist sich gegenüber dem pakistanischen als erfolgreicherer Konzept.

Es gibt noch zwei weitere Zutaten für das Erfolgsrezept Ajeebs. Erstens ist er nicht nur Direktor des Filmfestivals. Er ist auch der Sohn Mohammed Ajeebs, des ersten asiatischen Bradforder Oberbürgermeisters. „Natürlich war ich damals sehr jung und konnte die Bedeutung dieser Leistung kaum richtig einschätzen oder begreifen. Aber für einen in einem fernen Dorf geborenen und aufgewachsenen Menschen, der bei seiner Ankunft kaum etwas besaß, ist der Aufstieg zum 'Ersten Bürger Bradfords' etwa so, als würde er sagen: 'Ja, wir sind endlich hier; man hat uns akzeptiert – wir sind hier und bleiben.'“

Das von Ajeeb Senior innerhalb der ethnischen Gemeinde gesponnene Netz (ohne breite Unterstützung des asiatischen Spektrums hat niemand die Chance auf den Bürgermeisterposten) half beim Knüpfen von Kontakten – nicht nur zwischen Pakistan

und Bradford, sondern auch nach Indien. Fördergelder sind für den Sohn eines ehemaligen Bürgermeisters leichter erhältlich. Gleiches gilt für lokalpolitische Unterstützung.

Zweitens ist Ajeeb aktiv daran beteiligt, Bradford in der Öffentlichkeit neu zu positionieren. Ein „multikulturelles“ Image fügt sich hervorragend in das Image „Neue Medien“. Beides zusammen gibt der alten Wollstadt ein frisches, modernes Gesicht. Asiatische Unternehmer zeigen ebenso wie ihre türkischen Kollegen in Deutschland eine gute Nase fürs Aufspüren von Marktlücken. Und sie zeigen Bradford, wie sich das asiatische Potenzial als Wert verkaufen lässt.

Traditionen überschreiten

Im Kommunikationszeitalter haben junge britische Asiaten die Tradition der arrangierten Heirat neu aufgelegt. Das neue Konzept lautet ‚E-ranged Marriage‘ (e-rangierte Heirat): Vermittlungsagenturen und Eheanbahner im Internet bieten jungen britischen Asiaten eine Plattform, auf der sie ihre Partner selbst aussuchen.

Ajeeb wirkt auf den ersten Blick wie ein starker Kontrast zu Omar Khan, der für seinen Erfolg einen konventionelleren Weg gegangen ist: Er ist Inhaber eines Curry-Restaurants. Bei genauerer Betrachtung stellen wir aber fest, dass er sich ganz ähnlicher Methoden wie Ajeeb bedient hat: einer Cross-Over-Küche für eine Cross-Over-Kundschaft. Der Sohn eines pakistanischen Armeemoffiziers, der in den 1940ern nach Großbritannien kam, passte sein Geschäft dem weißen britischen Geschmack an, kooperiert mit Indern, nutzte Startkapital aus der Familie und sieht sich als Teil eines in Bradford stattfindenden Erneuerungsprozesses. Gemeinsam mit seinen beiden Brüdern begann er mit drei Restaurants, die alle ‚Shahgehan‘ hießen. „Sobald wir erfolgreich waren, wurde der Name von anderen Restaurants einfach übernommen.“ Der Name ‚Omar Khan‘ ist sein eigener, mittlerweile offiziell registriert. Khan ist es gelungen, pakistanische Gerichte in die britische Speisekarte zu integrieren. „Halbscharf‘ ist der Schlüssel zu den britischen Geschmacksnerven.“ Dies scheint sowohl Khans berühmtesten Gästen (John Prescott und Tony Blair) als auch der weißen Bradforder Mittelschicht zu schmecken – Akademikern der nahe gelegenen Universität. Das Restaurant ist eine ‚sichere‘ Insel inmitten einer so genannten ‚No-go-area‘, dem Universitätsviertel. „Mein Ziel ist es, die Stadt besser zu machen“, sagt Khan. „Wir brauchen mehr polizeiliche Überwachung. Die Überwachung ist völlig chaotisch geworden.“ Zu Khans Zukunftsplänen gehört die Entwicklung der Marke ‚Omar Khan‘ für Gefrierprodukte, die über Supermärkte verkauft werden, und eine Kochschule in der oberen Etage seines Restaurants, die „junge Menschen die Leiter hinauf bringen“ soll.

4.2 Gesellschaftsschichten: Der Aufsteiger in Kreuzberg

Nur der Name des Berliner Nobelrestaurants „Trenta Sei“ erinnert an Kreuzberg SO 36 – eine bis heute gültige Referenz an die ehemalige Postleitzahl von Kreuzberg-Ost. Die Grundidee des Restaurants ist türkischer Herkunft, das Konzept italienisch, die Gäste vornehmlich deutsch, der Stil gehoben: der gebürtige Türke Hassan Ulutürk – ihm gehört

auch die nebenan liegende „925 Lounge Bar“, die ihren Namen einem Tresen aus 925 Karat Silber verdankt – folgte einer inneren Stimme, die ihm in den 1990ern flüsterte, das Restaurant aller Unkenrufe zum Trotz zu eröffnen. Viele prophezeiten der Gegend um den Gendarmenmarkt zu jener Zeit eine Zukunft als kulinarische Wüstenlandschaft. „Als wir das Grundstück kauften, glaubte niemand, dass die Gegend eines Tages so lebendig sein würde.“

Ulutürk entschied sich für das Risiko. „Alles was man braucht, ist Talent und ein gutes Konzept. Und das Talent, das Konzept zu verkaufen.“ Die deutschen Banken ließen sich jedoch nicht überzeugen: Ulutürk musste bei der Suche nach Startkapital auf die Unterstützung von Freunden und Kollegen zurückgreifen. Das übrige Geld kam aus seinem ersten unternehmerischen Erfolg. Die „Pasta Bar“ lag in einem wohlhabenden Berliner Westbezirk. Er hatte sie einige Jahre lang zusammen mit drei Freunden geführt, bis jeder Einzelne eine andere berufliche Richtung einschlug. Nachdem sie verkauft war, hatte er die nötigen finanziellen Ressourcen. Die „Pasta Bar“ verhalf ihm zu einer weiteren entscheidenden Einsicht: Der Gaumen des deutschen Restaurantbesuchers hat mit der türkische Küche nichts am Hut; er zieht die italienische vor. Also ist die Speisekarte italienisch.

Hassan Ulutürks Vater war Stahlarbeiter aus Ostanatolien. Wie viele seiner Arbeitskollegen pendelte er viele Jahre zwischen der Türkei und Deutschland hin und her, bis er schließlich beschloss, sich mit seiner Familie in Berlin-Kreuzberg niederzulassen. „Wir waren sechs Kinder“, erzählt Ulutürk. Seine beiden Brüder arbeiten im öffentlichen Dienst, seine drei Schwestern haben geheiratet und eigene Familien gegründet. Hassan Ulutürk (35), ist nur in seinem Ehrgeiz beständig. „Vielleicht führt mich mein nächster Schritt nach New York, wer weiß?“, sagt er mit unternehmerischem Enthusiasmus.

Gibt es türkische Spuren im Interieur der Bar? „Ich liebe die Türkei, ich liebe meine türkischen Freunde und ich liebe Kreuzberg“, sagt Ulutürk, der akzentfrei Deutsch spricht. Sein Porsche parkt vor dem Restaurant. „Einige meiner Freunde leben in Kreuzberg, ich bin regelmäßig dort.“ Die Innenausstattung der Bar ist jedoch international, urbaner Stil. Ulutürk ist erst vor kurzem in eine Wohnung gleich um die Ecke des Restaurants gezogen, ins trendige Berlin-Mitte. „Die Leute fragen mich immer, ob ich mich ‘türkisch’ oder ‘deutsch’ fühle – ich bin Berliner.“ Sein Restaurant ist folglich ein Berliner Restaurant.

Eine Berliner Promi-Szene hat sich den schicken Laden jedenfalls zum Treffpunkt auserkoren. Fernseh- und Filmschauspieler, Anwälte, Medien- und Immobilienmakler gehören zu den Stammgästen. Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer sind im Gästebuch verewigt. „Michael Jackson kam während seines Berlin-Aufenthalts zu uns“, verrät uns ein Kellner in einem ordentlichen blauen Anzug.

Wenn Hakan Uzun sich in einen der eleganten roten Ledersessel sinken lässt und durch die riesige Glasfassade der „925 Lounge Bar“ blickt, kann er fast in seine Geschäftsräume schauen: Im letzten erhaltenen Altbau am Platz, gegenüber dem Hilton Hotel, hat der 33-Jährige 2001 eine Privatklinik für Zahnkosmetik eröffnet.

Hakan Uzun ist im Südwesten Anatoliens geboren. Als er sieben Jahre alt war, wurde sein Vater zum türkischen Kulturattaché ernannt und nach Berlin entsandt. „Als Ausländer musst du dich den anderen gegenüber immer beweisen. Das fängt schon in der Schule an. Ständig geht es darum, Mitschülern, Lehrern und sich selbst zu zeigen, was man kann.“

Uzun hat es allen gezeigt und an der Freien Universität Zahnmedizin studiert. Seine erste Praxis eröffnete er 1999, da war er 29.

„In den letzten Jahren hat sich viel verändert“, sagt Hakan Uzun, Mitglied der Europäischen Vereinigung Türkischer Akademiker (EATA), die trotz der allgemeinen Krisenstimmung eine hohe Zahl Neuzugänge verzeichnet. „Türkischstämmige Unternehmer haben an Selbstsicherheit gewonnen. Sie streben bessere Qualifikationen an und betreten den Arbeitsmarkt auf einem höheren Niveau. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Unternehmenspleiten. Die Risikomentalität hat aus dem Markt zuweilen eine Art ‚Unternehmer-Dschungel‘ gemacht.“ Die hohe Zahl der Neugründungen wurde von einer ebenso hohen Zahl von Schließungen begleitet. „Türkische Unternehmer investieren heute stärker in Unternehmenskonzepte und die Überprüfung ihrer Hieb- und Stichfestigkeit“, sagt Uzun. In den Jahren 1985-2000 ist die Zahl türkischer Unternehmer in Deutschland nach Angaben des Zentrums für Türkeistudien in Essen von 22.000 auf etwa 59.000 gestiegen.

Die Gründungswelle Ende der 1990er gipfelte für die jungen deutschen Unternehmer in einer wirtschaftlichen Depression mit spürbaren psychologischen Konsequenzen: Die Freiheit der Selbständigkeit wurde, wenn möglich, wieder gegen die Sicherheit eines festen Arbeitsvertrages eingetauscht. Anders als die Deutschen setzten die Türken auch während der ökonomischen Krise ihren Marsch in die Märkte fort.

„Man muss nur mal über die Simon-Dach-Straße in Berlin-Friedrichshain schlendern“, empfiehlt Cem Sey, Berliner Journalist türkischer Herkunft: Die Straße war lange der einzige lebendige Fleck in dem ehemaligen Ost-Berliner Bezirk. Sey beobachtet die Entwicklungen in der türkischen Unternehmerschaft in Berlin seit vielen Jahren: „12 von 13 Cafés und Restaurants haben türkische Inhaber oder wenigstens einen türkischen Geschäftsführer.“ Seys Finger wandert über den Berliner Stadtplan und verweist auf die kulinarischen Spitzen in Kreuzberg, Schöneberg, Mitte, Friedrichshain. Die gemeinsame Linie der gastronomischen Erfolgsgeschichte: Ein Café-Restaurant, das sich abends in ein Bar-Restaurant verwandelt. Die Speisekarte ist in der Regel international. Frühstücksbuffets am Wochenende. Cafe Latte, Cocktails, Calamares. Die Preise bezahlbar, aber nicht billig. Wer auf der Suche nach türkischen Lokalen nur nach Kebab-Schildern Ausschau hält, ist auf dem Holzweg: Café Kafka – das beste Tiramisu der Stadt – steht unter türkischer Leitung. Beim Vietnamesen am Heinrichplatz in Kreuzberg 36 sind Köche und Zutaten vietnamesischer, der Geschäftsführer türkischer Herkunft.

4.3 Gesellschaftsschichten – Der Traditionalist in Bradford

Ihre Eltern und Großeltern haben das Fundament für eine neue Heimat gelegt: Die dritte Generation der Türken in Deutschland und der pakistanischen Einwanderer in Großbritannien wurde in ein ausgefeiltes Netz gesellschaftlicher, beruflicher und familiärer Kontakte hineingeboren. Ihre Mütter und Väter, die damals mit leeren Händen begonnen haben, besitzen nunmehr Läden und Cafés. Sie haben ihren Lebensweg gefunden und kennen ihre Nachbarn. Einige verfügen sogar über umfassende Kenntnisse über die dynamischen Kräfte ihrer neuen Heimat.

Döner-Imbissbuden und Curry-Restaurants stehen für die bekanntesten Erfolgsgeschichten der Einwanderer-Gemeinden in Deutschland und Großbritannien. 1983 gab es in Berlin 200 Kebab-Läden. Die Zahl verdoppelte sich innerhalb von nur fünf Jahren. Ende der 1990er hatte Berlin bereits 1300 türkische Imbissbuden. Das Döner-Fieber griff in den 1970ern in Städten wie Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln und München allmählich um sich. Kleinere Städte folgten dem Trend in den 1980ern. Nach dem Fall der Mauer wurde das ehemalige Ostdeutschland im Sturm erobert. 1996 gab es in ganz Deutschland rund 10.000 Döner-Buden. Die Erfolgsgeschichte der ersten und zweiten Generation türkischer Einwanderer brachte einen Jahresumsatz von ca. 1,8 Milliarden Euro – und übertrumpfte damit landesweit die Profite der amerikanischen Hamburgerkette McDonald's. Der Siegeszug der südasiatischen Cornershops und Curry-Restaurants haben britische Gewohnheiten in ähnlicher Weise umgekrempelt.

Wie soll die dritte Generation mit dem von ihren Eltern gelegten Fundament umgehen? Ein klassischer Fall von „Mach, was du willst“: Einige entscheiden sich für eine berufliche Alternative (akademisch, kriminell, künstlerisch) und lassen die ethnische Nische hinter sich. Doch viele Söhne und Töchter halten die Familientradition aufrecht und treten in die Fußstapfen ihrer Eltern: Sie übernehmen als Erben die erfolgreichen Läden und Unternehmen.

„Ich bin in diesen Laden hineingeboren worden“, sagt der 35 Jahre alte Liaqat Habib, Besitzer von Bradfords populärem Sweet Centre. Zehn Kunden sitzen auf zehn Stühlen am Tresen und wenden dem Raum den Rücken zu: fünf Männer pakistanischer Abstammung, zwei Weiße, ein Schwarzafrikaner, eine Frau mit Kopftuch, die sich mit einer südasiatischen Frau ohne Kopftuch unterhält. Ein Kunststoffschild erklärt die Spielregeln in englischer Sprache: ‚Bitte am Tresen bestellen‘. „Unsere Kunden kommen aus allen Bezirken“, sagt Habib. Sein Vater kam 1958 aus Pakistan nach Großbritannien.

Habib Senior begann seine Laufbahn mit einem schlecht bezahlten Job in einer Bradford Textilfabrik. Es folgte eine (wesentlich profitablere) Anstellung bei einem Metzger – und wenig später die erste unternehmerische Erfahrung. Sechs Jahre nach der Ankunft in der europäischen Welt hatte Habib Senior bereits die dritte Sprosse seiner Karriereleiter erklommen.

Wir werfen einen Blick zurück ins Jahr 1964. Die Fabrikarbeiter aus Südasien lassen sich in Bradford nieder. Es werden noch mehrere Jahre vergehen, bevor ihre Frauen aus Pakistan nachkommen. Abends, wenn die allein stehenden Männer nach einem langen Arbeitstag in der Fabrik in ihre Straßen zurückkehren, treffen sie sich in den kleinen Restaurants, in denen traditionelle pakistanische Speisen angeboten werden. Welches andere Geschmackserlebnis vermischen sie? Habib Senior brauchte nur den Gesprächen der Leute auf der Straße und beim Abendessen zuzuhören. „Ein Laden, in dem es die Süßigkeiten gibt, die wir früher von unseren Müttern bekommen haben“, sagten die Neuankömmlinge. Habib Senior, verheiratet und Vater von zwei Söhnen, nahm die Gelegenheit wahr und eröffnete einen Süßwarenladen auf der Lumb Lane in Manningham. In den 1970ern wurde daraus ein Restaurant. Ein zweites Restaurant folgte 1983. Seine beiden Söhne übernehmen nach und nach die väterlichen Geschäfte. Süßes gerät so schnell nicht aus der Mode.

Neue Zweigstellen wachsen auf dem Fundament der ersten Generation. Demnächst wird ein neuer Süßwaren-Laden in Sheffield eingeweiht. Das gleiche Konzept, die gleichen Rezepte. Liaqats älterer Bruder wird die Geschäftsführung übernehmen. „Bis dahin leben

wir alle zusammen in einem Haus hier in der Nähe“, sagt Liaqat Habib: Die beiden Junioren und ihre Ehefrauen, ihre Kinder und das Oberhaupt der Unternehmerfamilie. Ein Familienstammbaum aus drei Generationen.

4.4 Gesellschaftsschichten – Der Traditionalist in Kreuzberg

„Ich halte gern Dinge am Leben.“ Ismail Kalin sortiert vorsichtig einen Stapel Orangen auf einem Holzstand. „Mein Vater hatte nichts in der Tasche, als er in den 1960ern nach Berlin kam. Er hat den Laden aus dem Nichts aufgebaut, um uns, seiner Familie, in Deutschland ein Zuhause zu geben. Ich bin stolz darauf, sein Werk fortsetzen zu dürfen.“

Ismail Kalin hat schon als Kind die Registrierkasse im Gemüseladen seines Vaters bedient, immer mal wieder nachmittags, manchmal am Wochenende. „Ich habe wahrscheinlich die meiste Zeit meines Lebens hier verbracht. Ich weiß noch, wie ich mit meinem jüngeren Bruder Weintrauben aus den Kisten im Vorratsraum stibitzt habe, oder Süßigkeiten aus den Regalen. Mein Vater wurde sehr wütend, wenn er uns auf die Schliche kam. Er hat seine Prinzipien: Man soll nichts für selbstverständlich halten.“

Im Alter von 16 Jahren verließ Kalin die Schule und bewarb sich um eine Lehrstelle bei diversen Berliner Einzelhandelsunternehmen. „Na ja, was man eben so nach der Schule macht. Aber ich habe mir, ehrlich gesagt, nie große Hoffnungen gemacht.“ Das war 1993. Viele Berliner Unternehmen hatten ihre Pforten geschlossen oder waren nach dem Fall der Mauer gezwungen, ihren Mitarbeiterstamm zu reduzieren. Die junge türkische Gemeinde wurde von der Arbeitslosenwelle am schwersten getroffen: 2002 waren 56 Prozent der jungen Berliner Türken ohne Arbeit. „Viele meiner Freunde waren frustriert oder wütend. Vielleicht war es Angst.“ Damals hatte Kalin seinem Vater schon einen Großteil der Arbeit im Laden abgenommen. „Ich habe mir damals nicht viel aus beruflicher Qualifikation gemacht, denn ich hatte das Gefühl, ich weiß, wo es für mich lang geht. Ich sah, dass die harte Arbeit meines Vaters sich auszahlte. Von meinen Hausaufgaben konnte ich das nicht behaupten.“ Sein Vater hatte nicht nur eine finanzielle Basis für die Familie geschaffen. Er hatte für die nachfolgende Generation auch für eine Zukunftsperspektive geschaffen. „Das ist meine Welt“, sagt der 27-Jährige. Die Vorstellung, den Rest seines Lebens in seinem Geburtsort Kreuzberg zu verbringen, stimmt ihn zufrieden. Soziale Netze und die Chance auf Beschäftigung, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, haben es der türkischen Gemeinde ermöglicht, in diesem Land Wurzeln zu schlagen. „Mir geht es nur um eins – dass ich meine Familie ernähren und ihr ein anständiges Zuhause geben kann. Solange mein Geschäft dafür genug Geld abwirft, bin ich glücklicher Ladenbesitzer.“

Im Einzelhandel sind türkische Unternehmer in Berlin am stärksten vertreten (1999 hatten sie einen Anteil von 36 Prozent). 1999 lag der Gastronomiebereich in der Statistik auf Platz 2 (24,2 Prozent), gefolgt von Dienstleistungen (19,8 Prozent). Gemüseläden und Kebab-Restaurants gehören bereits seit den 1970ern zu den traditionell türkischen Unternehmen.

Die Ölkrise von 1974/75 brachte dem Fleischspieß den Durchbruch: Als türkische Gastarbeiter zu Tausenden ihre Fabrikarbeit verloren, wechselten viele vom Gastarbeiterjob ins Gastgewerbe. „Kollegen und Verschwägerter warfen ihr Ersparnis in einen Topf und

eröffneten türkische Restaurants“, sagt Mehmet Aygün, Besitzer des erfolgreichen Hasir-Restaurants, das vor einigen Jahren zu einer Kette expandierte. Eine lokale Legende machte den damals sechzehnjährigen Aygün zum Erfinder des „Döner Kebab“. Fest steht, dass deutsche Arbeiter Anfang der 1970er durch türkische Kollegen auf den Geschmack dieses neuen Imbiss' kamen und die relativ preiswerte Mittagsmahlzeit willkommen hießen.

Die Zahl der türkischen Gemüseläden und Metzgereien nimmt weiter zu, die Marktnische bleibt stabil. Dass sie der kulinarischen Szene in Kreuzberg und den übrigen Berliner Bezirken neue Würze verpasst haben, ist nicht ihr einziger Verdienst. Der wirtschaftliche Erfolg des „Döner“ hat auf leisen Sohlen ein Stück Stabilität in die Gegend gebracht: nicht nur im Geldbeutel der türkischen Inhaber; nicht nur im Bezirkshaushalt. „Die ganze Gegend hat jetzt eine viel fröhlichere Aura“, sagt der Kreuzberger Schuster Ibrahim Contur, der im wahrsten Sinn des Wortes bei den ihm vertrauten Leisten geblieben ist. Indem sie die Verantwortung für ihr Leben übernehmen und aus ihren häufig kleinen Projekten Gewinn erwirtschaften, können Menschen wie Kalin, Contur und ihre Väter – Firmengründer wie ihre Nachfahren – als Vorbilder (und tatsächlich oft auch als Arbeitgeber) für die junge Generation dienen. „Setz deine Finger zum Arbeiten ein, nicht, um auf andere zu zeigen“, erinnert sich Kalin an einen Ausspruch seines Vaters, den er hörte, als er noch ein kleiner Junge war. Kein Ladenbesitzer war auf den Staat angewiesen, damit das Geschäft anlief. Die Kasse klingelte auch ohne Managerausbildung, ohne Sprachprüfung oder psychologische Studien über die verkaufsfördernde Anordnung von Waren in Supermarktregalen.

Fatih Özdemirs Vater gab seinen Fabrikjob auf, weil seine deutschen Kollegen ihn „wie einen Hund“ behandelten. Der frisch eingetroffene Gastarbeiter sprach zwar wenig Deutsch, verstand aber das Wesentliche. „Als Einwanderer“, erklärt der Sohn (29) „betritt man eine neue Gesellschaft auf niedrigstem Niveau.“ Aufstieg ist die einzige Alternative zum Untergang. Özdemir übernahm von einem Deutschen einen Gemüseladen: sein Vorgänger hatte vor der Konkurrenz eines örtlichen Supermarktes kapituliert. Die türkischen Unternehmen haben einen großen Trumpf in der Tasche: Familienkollektive ermöglichen flexible Öffnungszeiten und drücken die Personalkosten. Deutsche Kunden schätzen angesichts der frühen Ladenschlusszeiten die zusätzliche Option, auch spätabends einkaufen zu gehen.

Die Kinder und Enkel ehemaliger Gastarbeiter wissen noch, wie ihre Eltern unterdrückt und ausgebeutet wurden und wie sie dem Elend entkommen sind. „Viele junge Türken streben nach Erfolg“, sagt Derya Altay, die Geschäftsführerin des Bundesverbandes des Türkischen Groß- und Einzelhandels in Köln. „Aber sie wollen die Erfahrungen ihrer Eltern nicht wiederholen und verkriechen sich deshalb in einer ethnischen Nische.“

Die zweite und dritte Generation der Ladenbesitzer führt die Tradition ihrer Väter und Großväter jedoch häufig fort, indem sie das Fundament ausweiten: Restaurantketten, Imbissbuden mit angegliedertem Restaurant, eine multikulturelle Produktpalette von italienischem Olivenöl und indischem Curry bis zu spanischem Wein. Unternehmerische Zusammenschlüsse von Freunden ersetzen häufig traditionelle Familienkollektive, wobei Mitarbeiterflexibilität, familiäre Atmosphäre, familiärer Service und ein hierarchieloses Miteinander erhalten bleiben: Werte, für deren Erhalt die Eltern seinerzeit in die Selbstständigkeit geflohen sind.

Fatih Özdemir folgte dem Vorbild seines Vaters und wurde trotz seiner Qualifikationen Gemüsehändler: Er hat einen Realschulabschluss und spricht Deutsch, Türkisch, Englisch, Französisch und Arabisch. „Ich verdiene gutes Geld und bin unabhängig. Ich brauche nicht den Anweisungen irgendwelcher anderer folgen.“ Flieht Özdemir vor den Herausforderungen des deutschen Arbeitsmarktes? Die Frage scheint irrelevant: Er führt ein erfolgreiches Geschäft mit vier Angestellten. Er bezeichnet sich selbst als glücklich. Und warum auch nicht?

4.5 Gesellschaftsschichten – Der Außenseiter in Bradford

„Die Kleinen wollen das, was die Großen haben: Keine Arbeit, eine goldene Uhr, ein großes Auto, eine frisierte Hi-Fi-Anlage, Designer-Sportklamotten“, sagt Nazum Latif, der als Berater bei „jobs@manningham“ arbeitet, einer staatlich geförderten Job-Initiative der Bradforder Gemeindezentren. Ein Straßendealer in Manningham verdient bis zu 300 Euro am Abend. „Diese Halbwüchsigen haben sich weit vom emsigen Fleiß ihrer Eltern entfernt“, sagt Latif: Die Eltern kamen nach Großbritannien, um zu arbeiten. Die nachfolgende Generation britischer Asiaten ist zu großen Teilen arbeitslos.

Einwanderer (und ihre Nachkommen) werden für gewöhnlich am schlimmsten von wirtschaftlichen Rezessionen und damit Hand in Hand gehender Arbeitslosigkeit erfasst. Viele junge britische Asiaten fühlen sich auf dem Arbeitsmarkt unerwünscht. Die Arbeitslosenzahlen scheinen ihnen Recht zu geben: Sie belaufen sich in einigen der dramatischsten Armenviertel auf 30-50 Prozent. Das Durchschnittseinkommen eines männlichen Muslims liegt 32 Prozent unter dem eines Nicht-Muslims. Drei Viertel der pakistanischen Kinder leben in einem Haushalt, dessen Einkommen die Hälfte des Durchschnittseinkommens unterschreitet.

Nach Angaben von Professor Muhammed Anwar von der Universität Warwick verzeichnen Pakistani in Großbritannien die höchste Arbeitslosenrate, ein Fünffaches des britischen Durchschnitts; die Kriminalitätsrate liegt höher als in jeder anderen Gruppierung. Ganze zwei Prozent der Gefangenen in britischen Gefängnissen sind Pakistani, auch hier liegen die Zahlen höher als anderswo.

Geplatze Träume und blockierte Ambitionen liefern häufig den Zündstoff für eine Laufbahn außerhalb der Gesellschaft. Wie malen sich junge asiatische Teenager ihre Zukunft aus? Was erwarten sie? Wie stark ist ihr Vertrauen in die Zukunft? „Ich würde eh keinen Job bekommen, also was soll's?“ sagt Sarfraz, ein junger britischer Pakistani auf einem nagelneuen Mountainbike in Manningham. „In der Schule war ich immer gut in Mathe. Aber was hilft mir das? Meine Welt ist die Straße. Hier laufen die Dinge ein ganzes Stück direkter.“ Der Vater des Jungen ist Einwanderer der zweiten Generation. Er hat einen kleinen Eckladen in der Gegend. „Ich will nicht als Obstverkäufer enden“, sagt der Sohn mit starkem Yorkshire-Akzent. Armut, Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Ausgrenzung bereiten den Boden, auf dem die Drogenkultur gedeiht. „Die Polizei lässt uns in Ruhe. Meistens jedenfalls.“ Es scheint, als hätte zumindest sein Leben anders verlaufen können, sähe er seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht so absolut desillusioniert. Der Staat kann die Attraktivität des Drogengeschäfts nicht schmälern. Aber er kann Hilfestellungen anbieten, die einen Ausstieg aus der Unterwelt attraktiver werden lassen.

Die Drogenwelt verspricht Karriere, Geld und Ansehen; goldene Uhren und große Autos werden zusammen mit dem Image des „harten Burschen“ serviert. Die jugendlichen Gangmitglieder beginnen ihre Karriere als „Läufer“: sie liefern Drogen aus. Einige kommen in den Genuss nagelneuer Mountainbikes, die speziell für sie gekauft werden. Auf der zweiten Sprosse der Karriereleiter stehen die Straßenhändler, die Läufer und Kunden mit Stoff versorgen. Die erste Riege der Gang nutzt häufig familiäre Kontakte nach Pakistan, um die Routen der Drogenkuriere zu planen, die den Stoff – hauptsächlich Heroin – nach Großbritannien bringen. Der Aufwand zahlt sich rasch aus: Ein Kilo reines Heroin kostet in Pakistan knapp 190.000 Euro. In Großbritannien geht es etwa für den doppelten Preis weg, bevor es portioniert und auf der Straße verkauft wird.

Gangs? Für die Polizei von Bradford ist das Problem der Straßenkriminalität „nicht schlimmer als anderswo“. „Niemand will es zugeben“, sagt dagegen George Sheeran von der Universität Bradford. „Wer will schon als Rassist gelten? Aber jeder in Bradford weiß, dass die asiatischen Gangs ein ernsthaftes städtisches Problem sind. Bei inter-ethnischen Konflikten sind häufig Drogen im Spiel.“

Der ältere Teil der asiatischen Gemeinde hüllt sich in Schweigen. Als die ersten Einwanderer eintrafen, verhinderte harte Arbeit jedes Aufbegehren gegen Erscheinungsformen der Diskriminierung. Der Ehrgeiz, in dem fremden Land Geld zu verdienen, um die eigene Familien ernähren zu können, schwächte die erste Generation gegenüber dem Gastgeberland und ließ sie den Rassismus ignorieren. Entsprechend weigern sich heute viele Angehörige dieser Generation, den in ihren Kreisen wachsenden Problemen ins Gesicht zu sehen. „Es ist nicht typisch für Stadt an sich. Es stimmt zwar, dass einige Halbwüchsige mit Drogen handeln, aber mit so was muss man rechnen“, sagt Abdul Karim (56), Kaufmann in Bradford. Harte Drogen und ein Klima der Angst haben in Großbritanniens asiatischen Gemeinden Einzug gehalten.

Einige asiatische Drogenbanden setzen Gewalt und Waffen ein, um ihre Revier zu markieren und die Profite aus dem Handel zu sichern. Wie ihre Eltern und Großeltern haben asiatische Drogenhändler ihr Geschäft aufgebaut, indem sie Kreise innerhalb ihrer Volksgruppe belieferten. „Wer die ‚guaras‘ (die Weißen) nicht beliefert, lässt sich eine Menge Geld entgehen. Ich habe gute Erfahrungen mit weißen Kunden gemacht“, sagt ein in Bradford geborener 26-jähriger Dealer pakistanischer Abstammung. „Das Geschäft blüht“, kommentiert ein anderer, der in seinem Revier auf der Lumb Lane unterwegs ist, einem ehemals berüchtigten Rotlicht-Bezirk. Drogenkultur bedeutet Revierkämpfe. „Man will einen bestimmten Bezirk, weil man da mehr Geld verdienen kann als sonst wo. Das ist der Grund für die ganzen Bandenkriege.“

Doch das Benennen des Problems reicht nicht aus, um es tatsächlich zu lösen. Das Verschweigen der Tatsachen und die ausbleibende Hilfestellung für Ausstiegswillige lässt jedoch kriminelle Energien wachsen, deren Wurzeln häufig in Frustration und mangelnder Anerkennung liegen. Der Staat kann jungen Asiaten, die sich mit einer düsteren Zukunft allein gelassen fühlen, den Weg in die Kriminalität nicht versperren. Aber er kann andere Perspektiven aufzeigen, neue Perspektiven schaffen: Orientierung und Informationen über Job- und Ausbildungsmöglichkeiten, Bewerbungsprüfungen an den Schulen, Hausaufgabenbetreuung.

Der Staat kann jenen Hilfe anbieten, die aus der Drogenwelt aussteigen wollen. Er kann Gruppen unterstützen, die Abhängige behandeln oder in den Gemeinden Aufklärungsarbeit über Drogen und die gefährliche Versuchung leisten, Mitglied von

Gangs zu werden. Leider werden die meisten sich an Drogenabhängige wendende Flugblätter in englischer Sprache abgefasst: Man könnte mehr Menschen erreichen, wären diese Informationen auch in südasiatischen Sprachen vorhanden.

Ein dunkles Plakat mit Urdu-Buchstaben ist mit Reißzwecken an die Wand einer Moschee in Manningham geheftet. Ein Junge, der mit seinem Vater das Gebetshaus verlässt, lehnt sich an die Wand, um seine Schuhe zu schnüren. Sein Körper verdeckt einige große Buchstaben auf dem Plakat. „Da steht, wenn man ein Verbrechen beobachtet, soll man die Polizei informieren“, erklärt er. Die Bradforder Polizei führt seit einiger Zeit integrative Maßnahmen mit den örtlichen asiatischen Gruppierungen durch. Das „Hau den Dealer in die Pfanne“-Programm wurde im August 2002 eingeführt. Neun Monate später berichtet die Polizei von über 1000 Anrufen, die seitdem mit Informationen bei der anonymen Hotline eingegangen seien.

Spezialprogramme sollen helfen, Vertrauen aufzubauen und im Gegenzug die Unterstützung der Volksgruppen sichern. Die „Hau den Dealer in die Pfanne“-Plakate und Informationsblätter, die dazu auffordern, Drogenhändler bloßzustellen, werden in örtlichen Moscheen und Gemeindezentren verteilt. „Drogenhandel gibt es in allen Gemeinden. Unsere Hoffnung zielt darauf, dass nun auch Urdu-Sprecher Mut fassen und sich mit Informationen an uns wenden“, sagt Bradfords Drogenkoordinator Detective Sergeant Colin Stansbie.

4.6 Gesellschaftsschichten – Der Außenseiter in Kreuzberg

„36 Boys“ nannte sich Deutschlands größte Jugendgang. Ihre Zeit waren die 1980er, ihre Heimat Berlin-Kreuzberg. „Jeder Einzelne von uns hatte schon gegessen“, erinnert sich Hakan Durmus, der selbst viereinhalb Jahre hinter Gittern verbracht hat. „Killa-Hakan“ war Mitglied des harten Kerns der „36 Boys“, die sich aus einem Dutzend Jugendlicher türkischer Herkunft zusammensetzten.

„SO 36“ verweist auf die ehemalige Postleitzahl, die Kreuzberg in die Bezirke Südwest-61 und Südost-36 teilte. Die Zahlen sind bis heute gebräuchlich, um zwei recht unterschiedliche Gegenden zu bezeichnen. Zu „SO 36“ gehört die Drogenszene um das Kottbusser Tor, „SW 61“ hat das Image eines besser gestellten Viertels. Beide Gegenden haben einen hohen türkischen Bevölkerungsanteil. „SO 36“ ist zudem der Name eines Nachtclubs: In den 1980ern war er der bekannteste Treffpunkt der Punk-Szene. Seit den 1990ern gehören türkische Gay-Nights zum Programm. – „36 Juniors“ war die Bezeichnung für den kurzzeitigen Versuch, eine Nachfolge-Gang zu gründen. Türkische Mädchen verfolgten ähnliche Strukturen: „36 Girls“ ist das weibliche Äquivalent der „36 Boys“.

Die Gang bestand zeitweise aus bis zu 400 Mitgliedern. Eine so genannte Schutztruppe beherrschte die Straßen. Kriminelle Aktivitäten innerhalb der Gang folgten einem streng organisierten Muster: Eine Gruppe knackte die Autos im östlichen Teil des Viertels, eine andere im westlichen. Die 1980er und frühen 1990er Jahre waren die Blütezeit der Gangs und Counter-Gangs. In ihren Vierteln brachten sie ihre Namen durch Markierungen in

Umlauf: Graffitis an den Wänden. Die Mitglieder der Gang waren an ihrem uniformen Äußeren leicht zu erkennen: ein Schriftzug auf der Jacke verwies häufig auf den Namen der Gang; man trug bestimmte Hüte oder Stirnbänder. Der Ausgang der Kämpfe signalisierte, wer welche Straße oder welches Viertel beherrschte. Die „36 Boys“ lösten sich 1994 auf.

Es gab noch weitere Gangs in Kreuzberg. Sie nannten sich unter anderem „Black Panther“, „Fighters“, „Türkiye Boys“, „Alis“, „Simsekler“: Die „Simsekler“ – auf Deutsch: ‚Blitze‘ – waren anfangs acht oder neun Jugendliche, die zusammen Fußball spielten. Der Anführer der Gang war gleichzeitig der Kapitän der Fußballmannschaft. Zwischen 1983-1985 bestand die Gang aus bis zu 200-300 Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft. Ihr Weg führte vom Fußballplatz auf die Straße, und vom gemeinsamen S-Bahn-Surfen schließlich in die Kriminalität.

Eine Gang lieferte ihren Mitgliedern Vorbilder, mit denen sie sich identifizieren konnten. Durmus fühlte sich in der deutschen Gesellschaft fehl am Platze. „Unsere Kulturen passten nicht zusammen.“ Seine Eltern gingen tagsüber arbeiten, absolvierten häufig sogar doppelte Schichten. „Nachts schlossen sie mich in unserem Haus ein. Sie hatten solche Angst um mich.“ Als Durmus 12 war, durfte er zum ersten Mal auf die Straße und schloss erste Freundschaften. „Es war, als wäre eine Bombe explodiert: Ich wollte allen zeigen, dass ich vor niemandem Angst hatte.“

Schule ist uncool. –

„Wir haben gesehen, wie die Deutschen unsere Eltern und uns behandelten. Es fing in der Grundschule an. Deutsche Klasse, türkische Klasse. Unsere Eltern arbeiteten Tag und Nacht, sie hatten keine Ahnung, was abging. Manche von uns mussten die Schule verlassen, weil ihre Eltern wollten, dass sie Geld verdienten – weil wir alle eines Tages zurückkehren würden.“

Hakan Durmus

„Ich verbrachte immer mehr Zeit auf der Straße und dachte: ‚Wir sind in einem fremden Land, wir müssen zusammenhalten. Wir, die ‚36 Boys‘.“ Der Anführer einer Gang ist in der Regel das wichtigste Vorbild für die Jugendlichen. Schließlich und unausweichlich jedoch entwachsen die jungen Burschen dem Gang-Alter. „Manche retteten sich, indem sie eine Familie gründeten. Andere wechselten in die Arbeitswelt über“, sagt Durmus. Neco Celik und Erhan Emre, zwei ehemalige „36 Boys“ wählten eine Karriere beim Film und gründeten die Produktionsfirma „36 Pictures“; eine Wandlung zum Typus „Aufsteiger“, die auch Durmus vollzog. Der Film „Alltag“ basiert auf Celiks und Emres Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend in Kreuzberg. Der Firmenname spiegelt die starke Identifizierung der Filmemacher mit ihrem Kiez. – „Mir hat die Musik das Leben gerettet“, sagt Durmus. „Schon im Gefängnis habe ich angefangen, Texte zu schreiben. Aber ich wusste damals noch nicht, dass ich Rapper war.“ 1994 schloss sich Durmus der Berlin-Kreuzberger HipHop-Formation „Islamic Force“ an: Türkische Texte kombiniert mit „Gangsta-Rap“. Die deutsche Presse feierte sie als Pioniere des orientalischen HipHop.

„Es waren harte Zeiten. Wir hatten keine Ahnung, was los war: Gehen wir in die Türkei zurück? Bleiben wir hier? Wir lebten in einem völlig paranoiden Film.“ Obwohl viele Gastarbeiter im Laufe der Jahre längst in Deutschland sesshaft geworden waren, begruben sie die Aussicht einer Rückkehr in die Türkei erst in den 1990ern.

Die Frage, ob man sich ‚türkisch‘ oder ‚deutsch‘ fühlt, stellt sich nicht mehr. Eine globale Perspektive macht die Identitätsfrage zu einer Sache der Lebensweise. Bist du ‚n Yuppie, ‚n Rapper, ‚n Sprayer? Ein Intellektueller oder ein Bohemién? Die Frage nach der nationalen Identität hat sich aus der Diskussion verabschiedet und ebnet den Weg für eine stärkere Identifizierung mit den eigenen lokalen Wurzeln: Man ist „Berliner“, manchmal auch einfach „Kreuzberger“.

Innerhalb einer gewissen Szene spielen nationale Differenzen keine gewichtige Rolle. Die türkische HipHop-Szene hat mehr mit der deutschen HipHop-Szene gemein als mit den Teetrinkern in türkischen Männercafés. Ein türkischer Anwalt hat mit einem deutschen Anwalt mehr gemein als mit einem türkischen Gemüsehändler – es sei denn, Letzterer ist sein Vater.

„Mit organisierten türkischen Jugendbanden haben wir inzwischen keine Probleme mehr“, sagt Jörg Wuttig, Leiter des Polizeiabschnitts um das Kottbusser Tor in Kreuzberg im August 2003. Seine Aussage lässt sich selbstverständlich nicht in ein Szenario übersetzen, in dem sämtliche Probleme und Spannungen innerhalb der türkischen Gemeinde in HipHop-Musik und Unternehmensplanung aufgegangen sind. „An etwa 50 Prozent der Fälle von gefährlicher Körperverletzung in der Öffentlichkeit waren ausländische Täter beteiligt“, so Wuttig über seinen eigenen Bezirk. Bei Drogenvergehen waren es etwa 40 Prozent, bei Straßekriminalität rund 45 Prozent. Insgesamt werden 40,6 Prozent aller hier begangenen Straftaten von Tätern ausländischer Herkunft begangen.“

Die offiziellen Zahlen sind veröffentlicht, die Kriminalitätsstatistik listet Ausländerkriminalität getrennt von kriminellen Handlungen deutscher Täter. In der Stimme von Michael Knappe, dem Leiter einer Berliner Polizeidirektion, schwangen Stolz und Erleichterung mit, als er der Öffentlichkeit im Jahr 2000 einen Bericht über die erfolgreiche Polizeiermittlung bezüglich der Machenschaften von Jugendbanden präsentierte: 50 Überfälle in zwei Monaten, meist in Zusammenhang mit brutaler Gewalt, ein Großteil der Bandenmitglieder waren türkischer Abstammung. „Vor wenigen Jahren wäre ich für diese Aussagen wahrscheinlich in irgendeine rechte Ecke gestellt worden.“

Ein altes Tabu wurde gebrochen, als Polizeipräsident Dieter Glietsch im Jahr 2000 das Problem der Ausländerkriminalität erstmals öffentlich ansprach – aus den oberen Etagen der Polizei hatte man so etwas bis dato nicht gehört. Ein Bann war gebrochen. Zahlreiche Berichte folgten, die sich mit der hohen Konzentration von Straftaten innerhalb der ethnischen Gruppierungen beschäftigten. Die jährlich erstellte polizeiliche Kriminalitätsstatistik stellte 2002 fest, dass nahezu jeder zweite jugendliche Straftäter in Berlin ausländischer Abstammung war (44,9 Prozent).

„Wenn man die Leute auf der Straße fragt, bekommt man zu hören, die Türken seien die größte Einwanderergruppe und das Hauptproblem unserer Gesellschaft“, sagt Marieluise Beck, die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. „Das stimmt aber gar nicht: Die Aussiedler aus Russland sind zahlreicher und ihr durchschnittliches Strafregister übertrifft das der in Deutschland lebenden Türken.“ Wie kommt es also, dass sich das negative Image so hartnäckig hält? „Die politische Klasse hat sich darauf geeinigt, die deutschstämmigen Aussiedler willkommen zu heißen und lenkt die allgemeine Stimmung und öffentliche Wahrnehmung in Richtung Akzeptanz.“ Zuwanderung gilt dagegen als schwieriger zu berechnendes Risiko und wird als solches präsentiert: Wie gehen wir mit kulturellen Unterschieden um? Wie bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit? Wie

kontrollieren wir die Zahl der in unser Land einwandernden Ausländer? Wird unser Sozialstaat zusammenbrechen?

Amtliche Statistiken zeichnen häufig ein verzerrtes Bild und tragen somit ihren Teil zum negativen öffentlichen Image bei. Unter welchen Kategorien verbuchen wir von Ausländern begangene Straftaten? Migranten mit deutscher (oder doppelter) Staatsangehörigkeit gelten in der Regel als „deutsche Staatsbürger“, wohingegen der Begriff „Ausländer“ häufig auch jene einschließt, die illegal ins Land gekommen sind, sowie Asylbewerber oder ausländische Arbeitsmigranten. Die Integrationsbereitschaft, das Gefühl von Zugehörigkeit ist in der ersten Gruppe offenbar stärker vorhanden. Dagegen treten in der zweiten häufiger Frustration, Desorientierung und Arbeitslosigkeit auf. Eine Gegenüberstellung von „deutscher“ und „ausländischer“ Kriminalität führt daher zu einer verfälschten Darstellung der Realität.

Wer eine Arbeitserlaubnis hat, erliegt in der Regel seltener der Versuchung, illegaler Beschäftigung nachzugehen. Wer im Beruf Geld und Anerkennung verdient, läuft weniger schnell Gefahr, aus der Gesellschaft auszusteigen. Wer die deutsche (bzw. britische) Staatsangehörigkeit oder einen europäischen Pass besitzt, kommt weniger schnell mit dem Staatsangehörigkeitsrecht in Konflikt – ein bemerkenswerter Unterschied zwischen deutschstämmigen Russen und den in Deutschland lebenden Menschen türkischer Abstammung. Trotzdem zeigt ein Blick auf die Statistik, dass die Türken nicht die Spitzenreiter der deutschen Kriminalitätsstatistik sind. Warum hält sich eine genteilige Vorstellung?

Dass die Polizei in einigen Teilen der Stadt die Kontrolle an die Anwohner abgegeben hat, ist eins der Geheimnisse, das in örtlichen Kneipen und Teehäusern offenbart und von den Behörden offensiv bestritten wird. „Die Hermannstraße gehört uns“, skandieren Jugendliche auf der Straße um den Neuköllner Marktplatz den Polizeieinheiten entgegen. „Wir passen selbst auf uns auf“, sagt der türkische Anführer einer Gang, „weil es sonst niemand tut.“ Örtliche Polizeieinheiten stehen bei Einsätzen einer abgestimmten Solidarität gegenüber. Ethnische Zusammenschlüsse begünstigen das Drogengeschäft, ein Dealer kann auf die Unterstützung seiner türkischen oder arabischen Gemeinde setzen.

Kürzungen bei der Polizei haben zu einer Situation geführt, in der Streifengänge aufgrund von Personalknappheit selbst in den Berliner Problemkiezen unregelmäßig geworden sind. „Wir haben immer weniger Leute, während die Aufgaben mehr werden, und unser Budget wird gekürzt. Am Ende ist es aber nicht die Polizei, die im Stich gelassen wird“, sagt Eberhard Schönberg von der Deutschen Polizeigewerkschaft (GdP). „Die Bürger unserer Stadt werden im Stich gelassen. Wenn wir ihnen nicht mehr helfen können, kann ihnen niemand helfen.“

Was machen wir mit jungen Aussteigern ausländischer Herkunft, die hier geboren sind, aber offensichtlich nicht das Gefühl haben, dazuzugehören? Der Berliner Innensenator Eberhart Körting fordert, jeder, der nur wenige Jahre in Deutschland lebe und während dieser Zeit hauptsächlich als Straftäter in Erscheinung getreten sei, solle „so schnell wie möglich“ in sein Heimatland abgeschoben werden. Anträge dieser Art (der sozialdemokratische Senator ist hier keine Ausnahme) spiegeln zwei Grundannahmen. Erstens: Türken gehören nicht hierher. Die Söhne und Töchter der ehemaligen Gastarbeiter müssen weiter daran arbeiten, den eingeschränkten Status ihrer Eltern zu überwinden. Wenn sie sich nicht benehmen, müssen sie gehen. Zweitens: Wir wollen uns hierzulande nicht mit den Ursachen abweichenden Verhaltens beschäftigen, sondern

zielen darauf, die tatsächliche Zahl der Straftaten niedrig zu halten. Körting: „Viele Jugendliche, ausländische wie deutsche, stammen aus soliden Elternhäusern. Sie haben sich ohne jeden Druck für eine kriminelle Laufbahn entschieden. Sie sollten daher als Täter behandelt werden, nicht als Opfer.“

Ein unveröffentlichtes polizeiliches Gutachten über das Phänomen der Ghettoisierung und der ethnischen Konfliktherde der Stadt klingt erschreckend abgeklärt: „Diesen Gegenden werden von Menschen beherrscht, die beschlossen haben, die deutschen Gesetze nicht zu respektieren.“

5 Hindernisse markieren

5.1 Ein Stück Papier

Im Laufe ihrer Karrieren haben alle drei Sozialtypen – der Aufsteiger, der Traditionalist, der Außenseiter – wiederkehrende institutionelle Hürden überwunden, bzw. sind ihnen erlegen. Einige dieser Hürden teilen sie mit ihren deutschen, bzw. britischen Kollegen. Andere verdeutlichen die unterschiedlichen Möglichkeiten der Gruppen. Wir haben aus unseren Begegnungen mit Türken und Pakistani einige der entscheidenden obstruktiven Elemente herausgefiltert.

Banken und bürokratische Institutionen blockieren Aufsteiger, nehmen den Traditionalisten den Mut zur Expansion oder zur Inangriffnahme ehrgeizigerer Projekte. Außerdem erzeugen sie ein exklusives Umfeld, das jene, die keinen Platz darin finden, frustriert und desorientiert.

Der 27-jährige Vural Öger hatte ein klares Ziel: „Ich brauche ein Flugzeug, viele Flugzeuge. Das wird eines Tages ein großes Geschäft.“ In den 1960ern glaubten nur wenige, der junge Student türkischer Abstammung meine es mit seiner Idee ernst. Noch weniger glaubten, er werde mit ihr erfolgreich sein. Öger, heute Besitzer eines der erfolgreichsten touristischen Unternehmen in Deutschland, mietete ein Büro: „30 Quadratmeter, jeder Raum 15, eine Toilette, keine Küche, kein Bad.“ Er erstand eine Schreibmaschine, entwarf Flugblätter und verteilte sie an türkische Haushalte. „Mit 20.000 DM kannst du ein Flugzeug chartern“, erfuhr er von einem Reiseunternehmer.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Bank Öger einen Kredit gab, war vergleichbar mit der eines 13-Jährigen, der seinen Vater um die Erlaubnis bittet, mit dem nagelneuen Mercedes eine Spritztour machen zu dürfen. Daraufhin ließ er seine Kunden das Startkapital zahlen: Türkische Gastarbeiter, die ihre Familien in der Türkei besuchen und im Direktflug von Hamburg nach Istanbul fliegen wollten... Wem würden sie mehr Vertrauen schenken als einem Reiseveranstalter, der ihre Sprache sprach? Innerhalb von drei Tagen waren alle Tickets verkauft: „Der erste Flug ging am 20. Juli 1969, dem Tag, an dem Neil Armstrong die ersten Schritte auf dem Mond machte.“ Ein großer Schritt für die türkische Unternehmerschaft in Deutschland?

Ayfer Durur – Meisterbrief, Arbeitserfahrung bei Vidal Sassoon und Toni & Guy in New York – spricht fließend Englisch, Türkisch und Deutsch und hatte keine hochgesteckten Erwartungen, als sie sich bei der Suche nach Startkapital den Weg durch das Labyrinth der deutschen Bürokratie zu schlagen versuchte. „Bei der Bank schauten sie mich kurz an. Sie dachten ‚weiblich, ledig, türkisch, noch dazu Friseurin‘. Ich kriegte zu hören: Friseursalons sind ein zu großes Risiko, die gehen schnell pleite.“ Ayfer war fast so weit, ihren Traum zu begraben. „Es gab nur noch eine einzige Möglichkeit“, sagt Ayfer. „Ich musste meine Eltern um Unterstützung bitten.“ Die Dururs gaben der Tochter ihre gesamten Ersparnisse – möglicherweise fühlten sie sich an ähnliche Fälle in den alten Zeiten erinnert, als die erste Einwanderer-Generation mit Hilfe von Familienersparnissen Unternehmen gründete. Sie gaben ihren Traum von einem Eigenheim in Anatolien auf, in dem sie ihren

Ruhestand verbringen wollten. Heute führt die 38-jährige Ayfer nicht nur einen erfolgreichen Friseursalon im Vorreiterbezirk Berlin-Mitte: Mit vier (deutschen) Angestellten trägt sie zudem zur Stärkung des Arbeitsmarktes bei.

Für orthodoxe Muslime stellt das westliche Bankensystem ein zusätzliches Problem dar. Eine strenge Auslegung des Islam verbietet es, für den Hauskauf oder als Startkapital Bankkredite aufzunehmen, sobald dies mit Zinsen verbunden ist.

Seit kurzem entdecken westliche Banken eine bisher vernachlässigte Klientel und korrigieren ihr Dienstleistungsangebot entsprechend. Die britische HSBC war die erste große Bank in Großbritannien, die Hypotheken und laufende Konten zu Konditionen anbot, die mit den islamischen Gesetzen vereinbar waren.

„Die indischen Frauen pflegen die Tradition eines ‚Bankenkollektivs‘, des so genannten BEESI bzw. CAMMITY. Die Tradition wurde in die Diaspora übertragen und wird dort eingesetzt, um allerlei Verpflichtungen zu finanzieren, ob es nun um eine Hochzeit oder ein Unternehmen geht. Die einzelnen Mitglieder einer Gruppe vereinbaren eine feste Summe, die eine bestimmte Zeit lang wöchentlich oder monatlich eingezahlt wird. Jede Einzelne kann während der Laufzeit im gleichen Maße auf das gemeinsame Kapital zurückgreifen. Diese Möglichkeit der Kontrolle über das eigene finanzielle Leben hat sich in der Geschichte der Frauen-Kooperativen Indiens als unschätzbare Wert erwiesen.“

(„A Glimpse through Purdah. Asian Women – the myth and the reality“, Sitara Khan, Trentham Books, 1999.)

Nimmt die deutsche Bevölkerung die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften der türkisch-deutschen Einwanderer zur Kenntnis? Nimmt sie die Veränderungen der Lebensgewohnheiten der zweiten und dritten Generation der Türken wahr? Überbleibsel der veralteten Ansicht, dass der Türke der ewige Gastarbeiter sei, existieren bis heute. Der türkische Gemüsehändler ist scheinbar Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Was aber, wenn er einen Schritt vor die Ladentür setzt? Was passiert, wenn Deutschlands Türken ihr Recht auf gleiche Bildungschancen einfordern, Gleichberechtigung bei Wahlen, im Geschäftsleben, in den Medien?

Wir haben noch zwei hemmende Elemente ermittelt, die offenbar eine entscheidende Rolle im Leben junger Türken und junger Pakistani spielen: Bildung (der Schlüssel zum Arbeitsmarkt) und Wohnungsmarkt (Ghettoisierung).

„Ich habe damals kein Wort von dem verstanden, was meine Lehrerin sagte“, erinnert sich Feridun Zaimoglu, der im Alter von sechs Jahren nach Deutschland kam. „Ich mochte sie, darum wollte ich die Sprache lernen.“ Leider üben offenbar zu wenige Lehrer in Deutschland eine solche Wirkung auf türkische Kinder aus. In einer typischen Kreuzberger Grundschule sind 60-70 Prozent der Kinder türkischer Abstammung. Sie spüren keinen Anreiz, sich in die deutsche Sprache zu zwängen. Für Zaimoglu, Sohn eines türkischen Gastarbeiters, war die deutsche Sprache Wegbereiter seiner Karriere: Als Schriftsteller brachte er die „Kanak Sprak“ – den deutsch-türkische Straßenslang – in den kulturellen deutschen Mainstream ein. „Kanak Attak“ ist – als Buch und später als Film – die Antwort auf drei Generationen türkischer Einwanderung nach Deutschland: Die Entwicklung einer deutsch-türkischen Identität. Das Thema wurde seitdem in etlichen Büchern, Filmen und Fernsehsendungen behandelt.

Zaimoglus Aussage ist klar: Man spielt in der Liga der Versager, wenn man seine Energie dazu verschwendet, gegen Klischees anzukämpfen. „Ihr bleibt stecken, wenn ihr euch nur darauf konzentriert, die Tradition eurer Väter und Großväter, eurer Mütter und Großmütter abzuwerfen“, sagt er der jungen Generation. „Hört auf zu jammern! Denkt euch selbst eine neue Identität aus! Emanzipiert euch und lernt die deutsche Sprache!“

Zaimoglu, der sich nach einer Zwischenstation an der Universität und einigen Semestern Medizin und Kunst als „gebildeten Kanakster“ bezeichnet, übernimmt eine Vorbildfunktion, da er ein Beispiel liefert, wie sich das Türkische in eine deutsche Karriere integrieren lässt. Er ist weder ein bescheidener oder ehrgeiziger, seinem deutschen Gastgeberland in großer Dankbarkeit ergebener ‚Vorzeigetürke‘, noch ignoriert er seine Wurzeln. „Man kann sich das Türkische nicht aus der Fresse wischen.“ Zaimoglu spricht die junge deutsch-türkische Generation an, die sich zwar von der Vergangenheit ihrer Eltern entfremdet, aber noch keinen eigenen Weg gefunden hat.

Die Türken in Berlin haben – ebenso wie die Pakistani in Bradford – geringere Chancen auf Ausbildungsplätze als ihre deutschen, bzw. britischen Entsprechungen. Für türkische Unternehmen ist es schwieriger, bei der Handelskammer eine Ausbildungsgenehmigung zu erhalten als für deutsche. Es gibt schätzungsweise 5000 türkische Unternehmen in Berlin – doch keine genauen Zahlen darüber, wie viele Ausbildungsplätze sie anbieten. Jan Eder von der Berliner Handelskammer: „Höchstwahrscheinlich wesentlich weniger als deutsche Betriebe.“

Für Unternehmensgründer mit EU-Staatsbürgerschaft gelten in Deutschland die gleichen Gesetze wie für Bundesbürger. Nicht-EU-Bürger bekommen jedoch häufig einen Stempel mit der Aufschrift „Gewerbe-Ausübung nicht gestattet“ in den Pass gedrückt. Um sich selbständig zu machen, müssen Nicht-EU-Bürger – in Deutschland Ansässige mit türkischem Pass – eine amtliche Erlaubnis beantragen.

„Es hat vier Jahre gedauert, bis ich eine Ausbildungsgenehmigung bekam“, sagt Diyp Sakalli. Seine 16-jährige Berufserfahrung war für die deutschen Behörden schließlich ausschlaggebend: Man genehmigte den Antrag des 42 Jahre alten Druckereibesitzers. „Ich kann doch die jungen Leute nicht auf der Straße sitzen lassen.“

Die aufwändige Prozedur, die Unternehmer über sich ergehen lassen müssen, um in eigenen Betrieben ausbilden zu dürfen, schreckt viele ab, die weniger hartnäckig sind als Sakalli. Die formalen Voraussetzungen sind ein Hindernisfaktor. Hinzu kommen Verständigungsprobleme. In der Regel sind auch deutsche Muttersprachler nicht in der Lage, ohne professionelle Hilfe ein Antragsformular auszufüllen.

Der Meisterbrief, die formale Voraussetzung, um in Deutschland einen Handwerksbetrieb zu gründen, ist ein weiteres Hindernis für türkische Selbständige in spe. Nur wenige türkische Einwanderer können ein entsprechendes Zertifikat aus ihrer Heimat vorweisen. Prüfungen in Deutschland nachzuholen ist teuer, zeitaufwändig und in manchen Fällen aus ethischen Gründen unmöglich: Ein Metzger muss in Deutschland im Rahmen seiner Ausbildung ein Schwein schlachten. Jeder orthodoxe Muslim würde eher seine Laufbahn an den Fleischerhaken hängen.

Wer seine berufliche Qualifikation im Ausland erworben, jedoch nie ein amtliches Zertifikat erhalten hat, das den deutschen Vorschriften entspricht, eröffnet Kebab-Läden oder übt seinen Beruf illegal aus. Durch die genannten Vorschriften ist zudem eine

Tradition entstanden, in der der Meisterbrief in Gestalt eines so genannten Strohmannes in den Betrieb kommt: auf 20-Stunden-Basis wird ein Meister eingestellt, damit das Geschäft legal angemeldet werden kann. Die deutsche Regierung unternimmt zögerliche Schritte, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Für 65 von 94 Ausbildungsberufen soll der obligatorische Meisterbrief abgeschafft werden. Die Ausbildungsverordnung wurde zeitweilig außer Kraft gesetzt: Versuchsweise sollen deutsche und ausländische Unternehmer auch ohne das 90-stündige Seminar Ausbildungsplätze anbieten dürfen.

Die Reformen basieren auf der Annahme, dass sich die miserable Ausbildungsplatzlage für junge Türken verbessert, wenn türkische Betriebe sich der jungen türkischen Arbeitslosen annehmen, die von deutschen Betrieben abgelehnt werden. Türken für Türken und Deutsche für Deutsche? „Das wird nie funktionieren“, sagt Heidi Gellhardt von „Arbeit & Bildung e.V.“ in Berlin – der Verein berät Jugendliche mit Migrationshintergrund. Und selbst wenn es etwas brächte: Türkische Betriebe sind häufig sehr klein, zu klein, um Ausbildungsplätze anzubieten. Hinzu kommt, dass die meisten von Migranten geführten Unternehmen stärker als die ihrer deutschen Kollegen unter der gegenwärtigen Rezession leiden.

Esmahan Aykol aus Istanbul bewarb sich für ein Studienprogramm an der Berliner Humboldt-Universität für Juristen aus dem Ausland und wurde abgelehnt. „Man wollte mein türkisches Jura-Examen nicht anerkennen“, sagt die 33-jährige Türkin. Im Westen der Türkei geboren und aufgewachsen, arbeitete sie nach dem Universitätsabschluss einige Jahre als Anwältin in Istanbul, später entschied sie sich für eine Laufbahn als Journalistin und berichtete aus der Türkei und dem Irak. Dann eröffnete sie ein Café am Bosphorus, wo sie eines Tages einem deutschen Zeitungskorrespondenten türkischen Kaffee servierte. Wenig später gaben sich die beiden das Ja-Wort und bestiegen 1999 gemeinsam das Flugzeug, um ihren Wohnort nach Berlin zu verlegen.

2004, fünf Jahre später, sitzt Aykol in der deutschen Hauptstadt, trinkt einen Milchkaffee und spricht über einen deutschen Filmregisseur, der in Istanbul in einer Badewanne ermordet wurde: Mit dem Roman, in dem dies geschieht – ein Bestseller in der Türkei – hat sie ihr Debüt als Schriftstellerin vorgelegt (Titel der deutschen Übersetzung: „Hotel Bosphorus“).

„Die Berliner deutscher und die Berliner türkischer Abstammung haben ein schwieriges Verhältnis“, sagt die Autorin. „Genauer gesagt, sie haben gar keins.“ Die meisten Deutschen haben keine türkischen, die meisten Deutsch-Türken keine deutschen Freunde. Aykol freut sich, selbst eine Ausnahme von dieser Regel zu sein: Sie hat beides. Zu guter Letzt hat sie es sogar in die Berliner HU geschafft. Dort schreibt sie nun ihre Doktorarbeit.

5.2 Ein Stück Stoff

Deutsche Kunden sind weniger geneigt, Parfüm zu kaufen, wenn die Verkäuferin ein Kopftuch trägt: Das zumindest war die Meinung eines Warenhausbesitzers in einer hessischen Kleinstadt. Im Mai 1999 hatte die langjährige Angestellte (und ehemals im selben Unternehmen Auszubildende) Fadime C. ihren Chef informiert, dass sie nach der Rückkehr aus dem Erziehungsurlaub bei der Arbeit ein Kopftuch tragen werde. Als Grund für den veränderten Kleidungsstil nannte sie einen Wandel ihrer islamischen

Überzeugung. Ein öffentliches Auftreten ohne Kopftuch erschien der jungen Muslima nicht mehr angemessen. Der Geschäftsführer erhob Einspruch. Fadime C. wurde zum 1. November des Jahres entlassen.

Solange die große Mehrheit türkischer Frauen daheim blieb, um für die Familie zu sorgen oder höchstens – nicht selten innerhalb der türkischen Gemeinde – nichtrepräsentative Tätigkeiten auf dem Niedriglohn-Sektor übernahm, schien die Frage unerheblich, ob es muslimischen Verkäuferinnen erlaubt sein sollte, Kopftücher zu tragen. Für Berufe, die einen akademischen Abschluss voraussetzen, fehlte den türkischen Frauen der ersten Einwanderer-Generation die Qualifikation. Die Frage, ob eine muslimische Lehrerin mit Kopftuch einer deutschen Schulklasse die binomischen Formeln erklären dürfe, wurde daher gar nicht erst diskutiert.

Fereshda Ludin, eine deutsche Muslima afghanischer Abstammung, gab den Anstoß zum so genannten „Kopftuchstreit“: Sie strebte den Beamtenstatus an, um als Lehrerin an einer staatlichen deutschen Schule unterrichten zu können. Sie bestand darauf, ein Kopftuch zu tragen. Baden-Württemberg bestand im Gegenzug darauf, sämtliche religiösen Symbole aus staatlichen Schulen zu entfernen.

Der Fall landete schließlich vor dem Bundesverfassungsgericht, das dafür sorgte, dass die Entscheidung wiederum den einzelnen Ländern überlassen blieb: Die Kultusministerien der Länder müssen nun jeweils eine eigene Haltung zum Thema finden. Fereshda Ludin hat ihren Fall theoretisch gewonnen: die Entlassung einer Lehrerin, die darauf besteht, ein Kopftuch zu tragen, wird vom Grundgesetz nicht unterstützt. Praktisch wird Ludin aber dennoch nicht in den Schuldienst eintreten können; es sei denn sie akzeptiert die westliche Kleiderordnung. Das Land Baden-Württemberg hat für sich entschieden, Lehrerinnen an staatlichen Schulen das Tragen von Kopftüchern zu verbieten.

„Wir brauchen mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund“, verkündete der Berliner Bildungssenator Klaus Böger im Jahr 2002. Die Bildungsstandards müssen verbessert werden, alle Schüler sollen die gleichen Chancen erhalten.

Birsel Göktas beendete 2002 ihr erstes Staatsexamen und wäre eine perfekte Kandidatin. Würden Schuldirektoren nicht nach dem üblichen Prinzip verfahren (nach dem multikulturell ausgebildete Lehrkräfte sich erfolglos bei mittellosen Schulen bewerben), sondern ihrerseits Bewerbungen an ihre Wunschlehrer verschicken, wäre Birsel Göktas' Schreibtisch mit Angeboten überflutet. Als fließend Deutsch und Türkisch sprechende Mathematikerin wird die 30-Jährige dringend gebraucht. Doch die ausgebildete Lehrerin mit den hervorragenden Abschlussnoten muss zu Hause bleiben. Warum?

Die Lehrerausbildung in Deutschland umfasst bis dato ein zweijähriges Referendariat an einer Schule (für die Zukunft ist eine Reduzierung auf sechs Monate geplant; zudem sollen ab Herbst 2004 Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt werden) und endet mit dem zweiten Staatsexamen. Jedes Bundesland verteilt Referendariatsplätze nach einem Standardprinzip. Viele Lehramtsanwärter sehen die Wartelisten-Prozedur als Rattenschwanz des Studiums. Im November 2003 hofften in Berlin rund 1000 Kandidaten darauf, einen der 550 freien Plätze in der Stadt zu ergattern. Jahr für Jahr wiederholt sich das Ungleichgewicht und blockiert die Listen: Kandidaten, die nicht sofort einen Referendariatsplatz bekommen, landen auf der Liste für die nächste Runde. Für Birsel Göktas gestaltet sich die Prozedur wie ein Gang durchs Nadelöhr. Als türkische Staatsbürgerin – also Nicht-Deutsche, Nicht-EU-Bürgerin – muss sie das Glück haben, einen

der wenigen Plätze für EU-Ausländer vorgesehenen Plätze zu ergattern: das Kontingent beschränkt sich auf 3 Prozent der insgesamt (weniger werdenden) offenen Stellen. Eine Sonderregelung, die Abhilfe schaffen könnte, erscheint uns durchaus angemessen: Während der geplanten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten türkischen Staatsbürgern in Deutschland die gleichen Chancen auf einen Referendariatsplatz eingeräumt werden wie EU-Anwärtern.

Als Birsal Göktas 1990 nach Deutschland kam, sprach sie kein Wort deutsch. Nach einer bestandenen Sprachprüfung, die sie 1992 ablegte, konnte sie sich an der Technischen Universität Berlin einschreiben. „Ich wollte dazu gehören und mit Leuten reden.“ Als Lehrerin könnte Göktas vielen türkischen Kindern ein Ansporn sein und als Vorbild fungieren. Stattdessen ist sie in der praktischen Umsetzung ein Beispiel für das Scheitern theoretischer Integrationsvorhaben.

Der Berliner Senat nimmt seit 1971 türkische Bürger in den Schuldienst auf. Dass der Arbeitsmarkt einen größeren Bedarf an Mathematiklehrern hat als an Absolventen der überlaufenen Fachbereiche (ganz oben auf der Liste: Geographie und Deutsch), macht es für die junge Türkin nicht einfacher. In der Praxis hat jeder angehende deutsche Geographielehrer mehr Chancen auf einen Referendariatsplatz als sie.

Die Aziz-Nesin-Europaschule in Kreuzberg, an der Göktas während ihrer Studienzeit ein Praktikum absolvierte, wollte die zweisprachige Lehrerin in den Schuldienst übernehmen. Doch die Entscheidung liegt beim Landesschulamt. Einzelanträge werden nicht akzeptiert. Der Bedarf nach Lehrkräften mit Migrationshintergrund wird zwar in der Öffentlichkeit verkündet, doch das System hindert die türkischen Talente, in den Schulbetrieb einzusteigen. „Alle zollen mir Beifall – aber niemand tut etwas.“

5.3 Ein Stück Land

Omar Khan hat vor kurzer Zeit ein neues Haus gekauft. „Es ist sehr groß, denn ich habe viele Freunde“, sagt Bradfords bekanntester Küchenchef und legt ein Päckchen Zigaretten auf ein Tischchen im Vorraum seines Restaurants – „und natürlich liegt es in Manningham.“ Letzteres klingt aus seinem Mund, als wäre jede andere Entscheidung praktisch ein Verrat.

Im Innenraum des Restaurants, im leicht gedämpften Licht, sind alle Tische besetzt. Die Kellner servieren in eleganten Uniformen Khans eigene Kreation eines ‚Chicken Tikka Masala‘ – „die Briten wollen es ‚halbscharf‘“. Die Preise liegen über denen durchschnittlicher asiatischer Restaurants in Bradford und mit Sicherheit über den Möglichkeiten des durchschnittlichen Bewohners des Universitätsviertels, in dem vornehmlich Asiaten wohnen. Vor teuren Reistafeln auf weißen Tischdecken führt man Gespräche über die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft und mittelalterliche Literatur: ein Großteil der Gäste kommt direkt aus den Büros der nur wenige Straßen entfernten Universität Bradford.

George Sheeran, ein häufiger Gast bei ‚Omar Khan’s‘, ist Experte für die Geschichte des Bradforder Wohnungsmarktes: In seinem Buch „Good Houses Built of Stone“ (Gute Häuser, aus Stein gebaut) untersucht er die architektonische Entwicklung in Leeds und

Bradford von 1600-1800. Sheeran: „Ich empfehle unseren Gastlektoren und neuen Mitarbeitern immer ‚Omar Khan’s‘.“ Zusätzlich zu dieser Empfehlung müssen die Stadtbesucher jedoch noch einen anderen Ratschlag schlucken. „Laufen Sie abends lieber nicht ohne Begleitung hier herum.“ Sheeran, den wir zu einem morgendlichen Spaziergang durch das Viertel treffen, pendelt jeden Tag vom Vorort Shipley zu seinem Büro an der Universität. „Dies hier ist nicht gerade die beste Gegend.“

Wir spazieren an Reihenhäusern vorbei. Die meisten haben eindeutig seit Jahrzehnten keinen professionellen Handwerker gesehen. „Dies sind die Überbleibsel der ehemals von der Mittelschicht des 19. Jahrhunderts bewohnten Häuser“, erklärt Sheeran. Die Textilindustrie hatte entscheidenden Einfluss auf ihre Gestaltung. Grundrisse und Bauhöhen sind auf sie zurückzuführen. „Die räumlichen Ansprüche in den Häusern der Textilproduzenten beliefen sich auf einen Raum zum Arbeiten und einen Raum zum Lagern der Rohmaterialien und Waren. Es gab Hersteller, die sowohl färbten als auch webten. Sie benötigten einen zusätzlichen Raum zum Färben des Lots oder der Bottiche.“

In den 1960ern boten diese Häuser vielen neu eintreffenden pakistanischen Fabrikarbeitern ein Zuhause. Die Wohnungen im Innenstadtbereich gehörten mit zu den günstigsten. Die Größe einer Wohnung ermöglichte Einsparungen, indem man Wohngemeinschaften gründete. Tatsächlich siedelten, wie eine Volkszählung von 1991 ergab, zwei Drittel der Bradforder Gesamtbevölkerung asiatischer Herkunft vor allem in vier zentral gelegenen Bezirken: im Universitätsviertel, in Bradford Moor, in Toller und Little Horton. Dem ursprünglichen Beschluss einiger weniger Einwanderer, sich an diesen Orten niederzulassen, folgten sehr bald die Nachzügler, die häufig aus den gleichen Dörfern kamen und die Nähe ihrer in Bradford wohnenden Verwandten oder Bekannten suchten. So entstand eine Mikro-Struktur, deren Spuren bis heute sichtbar sind. Die pakistanische Bevölkerung konzentriert sich vor allem stark im Zentrum der Stadt. In zwei Vierteln sind über 50 Prozent sämtlicher Einwohner pakistanischer Herkunft, in einem anderen sogar 70 Prozent.

In Berlin herrscht eine ähnliche Situation. „Klein-Istanbul“, wie Kreuzberg gerne genannt wird, war für die kaum Deutsch sprechenden Neuankömmlinge eine Rückzugsnische. Ein Spaziergang durch die örtlichen Männercafés gleicht einer Reise mit dem Finger über die Landkarte: Männer aus einem bestimmten anatolischen Dorf – sie sind meist um die 50 – treffen sich hier, die Männer aus einem anderen Dorf woanders. Kreuzberg, Neukölln, Wedding und Schöneberg verzeichnen die bei weitem stärkste Konzentration von Einwohnern türkischer Abstammung.

Viele pakistanische Einwanderer entwickelten den Ehrgeiz, Hausbesitzer zu werden, doch im Laufe der Jahre ging die Zahl der britisch-pakistanischen Hauseigentümer (60 Prozent) im Vergleich zu weißen Briten (71 Prozent) und Briten indischer Abstammung (81 Prozent) zurück. „Die Unterzeichnung des Kaufvertrags für unser Haus war so schwer wie die Geburt unseres ersten Kindes“, sagt Tasleem Siddique. In den meisten Fällen wurde aus dem Vorhaben ein Familienprojekt. Die traditionellen Bauspar-Institutionen, Bausparkassen und Banken, verfolgten häufig diskriminierende Praktiken: Interne Richtlinien verhinderten Kreditvergaben für Grundstücke in Gegenden mit hohem Ausländeranteil. Eine Untersuchung der Kommission für ethnische Gleichberechtigung (Commission for Racial Equality, CRE) deckte auf, dass gewisse Baukreditgeber nach einem zwanglosen Verfahren operierten, der zu Folge sie keine Baukredite an Dunkelhäutige für Häuser in ‚zu guter Wohnlage‘ vergaben: Angehende Hausbesitzer

mussten auf familiäre und gesellschaftliche Netze zurückgreifen, um an großzügige zinslose Darlehen zu kommen.

Die so genannte ‚Zusammenballung‘ von Angehörigen ethnischer Minderheiten bietet den Beteiligten gesellschaftliche Unterstützung und lässt sie sich heimischer fühlen. „Man will ja nicht die einzige asiatische Familie in einer Straße sein“, sagt Razena Bibi, eine 20-jährige Bradforderin pakistanischer Herkunft. „In Manningham bin ich sicher und fühle mich wohl. Man ist unter sich. Ich würde nie woanders leben wollen.“ Keine Ambitionen, aus Bradford fortzugehen? Razena zuckt die Achseln. „Australien wäre schön.“ Sie erwähnt die australische TV-Serie „Neighbours“, die sie gern sieht. „Wenigstens sprechen sie dort unsere Sprache.“ Ihr Blick wandert über einen Computerbildschirm im Gemeindezentrum Manninghams. Mit flinkem Lidschlag überfliegt sie die Kursangebote der örtlichen Universität. Australien scheint in ihrer Vorstellung irgendwie näher zu sein als Shipley oder gar Leeds.

„Meine Freunde verstehen nicht, dass ich jeden Tag zum Arbeiten hierher fahre“, sagt Amanda Jackson. Sie arbeitet als Beraterin bei „jobs@manningham“, einer nach den Unruhen ins Leben gerufenen Regierungsinitiative. „Wir versuchen, jungen Leuten Orientierung zu geben. Wir zeigen ihnen, wie man einen Lebenslauf schreibt. Wir stellen Räume zur Verfügung, in denen sie ihre Hausaufgaben machen können, wenn sie daheim keine Ruhe finden.“ Die hohen Arbeitslosenzahlen im Viertel lasten als schweres Gewicht auf den Schultern junger pakistanischer Briten. Jackson: „Wir wollen sie ermutigen und ihnen Wege in die Arbeitswelt zeigen. Junge Mädchen werden oft gezwungen, zu Hause zu bleiben und im Haushalt zu arbeiten. Alles was außerhalb von Manningham stattfindet, scheint ihren Eltern nicht genehm zu sein. Wir haben einmal 18 Monate gebraucht, um den Vater einer jungen pakistanischen Britin, die arbeiten wollte, zu überzeugen, dass sie sich damit nicht in Gefahr begibt.“

„Wir kommen aus völlig verschiedenen kulturellen Welten“, sagt Jackson. In ihrer täglichen Arbeit ist sie über „so viele Dinge gestolpert, die hier falsch laufen“. Viele asiatische Briten fühlen sich, obwohl sie ihr Viertel kennen und sich in ihm wohl fühlen, von besser Situierten ausgegrenzt. Weiße haben bessere Karten bei der Arbeitssuche. Sie leben in vornehmeren Vierteln, ihre Eltern sprechen akzentfreies Englisch und sind gesellschaftlich besser gestellt. „Die Weißen kommen hierher, um Stoff zu kaufen, dann verschwinden sie wieder“, sagt Sarfraz, ein junger britisch-pakistanischer „Läufer“, der auf seine Beförderung zum Straßendealer wartet. Kümmert es den Staat? „Kein Wunder, dass diese Halbwüchsigen frustriert sind“, resümiert Jackson.

Vor den Unruhen hatte eine in Bradford geborene Weiße nie den Fuß in die asiatischen Viertel gesetzt. Über Jahrzehnte lebten die weiße und die asiatische Gemeinde nebeneinander her. Nazum Latif, dessen Eltern in den 1960ern aus Pakistan nach Bradford kamen, arbeitet heute als Berater bei jobs@manningham und kennt die Klischees. „Viele Weiße glauben, in Manningham drehe sich alles um Gangs und so weiter; man könne nicht über die Straße gehen, ohne eine Faust ins Gesicht zu kriegen; dass man da einfach nicht hingeh.“

Die öffentliche Wahrnehmung läuft der tatsächlichen Kriminalitätsstatistik Bradfords und Berlins zuwider. Günter Piening, der Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, stellt fest, die Angst vor Gewalt sei in vielen Gegenden stärker als die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Gewalttat zu werden. Polizeistatistiken zeigen, dass die Ausländerkriminalität seit 1997 prozentual gesunken ist.

Kreuzbergs Tragödie besteht darin, dass es exakt zu dem Zeitpunkt in Armut versinkt, an dem die türkische Mittelschicht in Erscheinung tritt. Einige entkommen zwar dem „Ghetto“, wie sie es selbst nennen, doch die meisten kämpfen um den Erhalt konservativer Wertvorstellungen, die Türken und Deutsche ebenso gut miteinander teilen könnten. Wir begegnen einer etwa 30-jährigen türkischen Mutter mit Kopftuch, die ihren Kindern verbietet, auf der Straße zu spielen – früher in Kreuzberg die normalste Sache der Welt. „Angenommen, sie stolpern über eine Heroinspritze?“, erklärt sie. „Es ist eine Schande, dass so viele Deutsche weggezogen sind.“

6 Wege zu einer offenen Gesellschaft

Wir haben im Geiste J.B. Priestleys zwei Reisen unternommen: eine englische und eine deutsche. Trotz der offensichtlichen Unterschiede zwischen Bradford und Berlin waren wir angesichts der wiederkehrenden Töne in den Erfahrungsberichten der Einwanderer immer wieder überrascht. Da gibt es den stadtteilinternen Wettbewerb – Pakistani konkurrieren mit Indern und Einwanderern aus Bangladesh; die Türken messen sich mit deutschstämmigen Russen und Bosniern. Da gibt es die verwickelten Verbindungen ins Vaterland und die wachsende Entfremdung der dritten Generation. Die Arbeitslosigkeit unter den Jüngeren; ein Klima, das es Arbeitslosen in beiden Städten über Jahre ermöglichte, in „sicheren Rückzugsnischen“ (eine höfliche Formulierung für das Wort Ghetto) vor sich hin zu leben. Ihre Haltung zu ihren Stadtvierteln äußert sich so zwiespältig (Schutz oder gesellschaftliches Handikap?) wie ihr Verhältnis zum Staat. Es herrscht allgemeines Misstrauen gegenüber der Polizei und der Bürokratie, ein vorsichtiges, doch zunehmendes Vertrauen ins Schulsystem, Unbehagen gegenüber den Krankenkassen und der Behandlung von Familienangehörigen. Viele Türken und Pakistani fühlen sich relativ wohl und gleichzeitig relativ benachteiligt. Eine unveröffentlichte medizinische Studie, die wir im Zuge unserer Recherchen entdeckten, besagt, dass Bewohner des wohlhabenden Berliner Bezirks Zehlendorf im Durchschnitt sieben Jahre länger leben als die Bewohner von Kreuzberg. Dies geht über die Standardgleichung von Gesundheit und Reichtum hinaus: die Türken fühlen sich in Kreuzberg sicher, wissen aber, dass sie nicht in der besten aller Welten leben. Sowohl in Manningham als auch in Kreuzberg haben Menschen das Gefühl, vom Staat betrogen oder im Stich gelassen zu werden. Wir sind zwar glücklichen Menschen begegnet, die sich etabliert haben – einem anatolischen Schneider, einem pensionierten pakistanischen Busfahrer, der nun Fahrstunden erteilt –, doch dies waren Ausnahmen. Selbst jene, die es verstanden haben, sich das System zu Nutze zu machen, erschienen uns rastlos und auf eine Weise, die sie selbst nicht erklären konnten, unzufrieden.

Saskia Sassen äußert in ihrer klugen Untersuchung mit dem Titel „Guests and Aliens“ (Gäste und Fremde) die Überlegung, dass unsere Einwanderer und Langzeit-Flüchtlinge kein derart unberechenbares politisches Problem mehr darstellen, wenn wir sie als Siedler sehen. „In der Geschichte ist der Begriff ‚Siedler‘ aufgrund der schweren und schmutzigen Arbeit, die er für die weltweite Errichtung von Grenzen in der westlichen Welt verrichtet, positiv belegt. Sind die schlecht bezahlten, harten und gefährlichen Jobs, die noch immer meist von Einwanderern erledigt werden, die heutigen Grenzen in unserer Gesellschaft?“ Die Deindustrialisierung einiger Städte in hoch entwickelten Wirtschaftsnationen lässt in der Tat Grenzgebiete entstehen. Ob es den Einwanderern aber gefällt, „Pioniere“ zu sein, ist eine andere Frage. Der Ausdruck „Siedler“ verschafft der Gastgeber-Gesellschaft jedoch eine Möglichkeit, den Wert des „neuen Blutes“, die von den Volksgruppen ausgehende positive Dynamik, anzuerkennen. Die Vorstellung vom einwandernden Siedler wird aufgrund der Staatsbürgerschaftsgesetze Großbritanniens leichter akzeptiert als in Deutschland.

Am Anfang unserer Recherchen besuchten wir eine türkische Friseurin in Berlin, um mit ihr über die Veränderungen zu sprechen, die der 11. September in das Leben der Türken gebracht hat. Zu unserem Thema fiel ihr wenig ein; sie war vielmehr erzürnt über den

aktuellen Fall „Mehmet“ (wie der Junge aus Datenschutzgründen in der Öffentlichkeit genannt wurde), denn er schien einen viel direkteren Einfluss auf das Leben der Kreuzberger Türken zu haben. Mehmet, ein zügelloser 14-jähriger Gastarbeitersohn, hatte Dutzende Autos aufgebrochen: der klassische jugendliche Straftäter. Da man ihn nicht ins Gefängnis stecken konnte (er war zu jung) und seine Eltern offenbar nicht mehr in der Lage waren, ihn zu erziehen, entschied ein deutsches Gericht, er solle in die Türkei zurückgeschickt werden – oder besser gesagt, „nach Hause“ in die Türkei. „Aber unser Zuhause ist hier“, sagten die Eltern – und so wurde das Prekäre des Gastarbeiterstatus den über 2 Millionen Türken in Deutschland schmerzhaft bewusst. Die Vorstellung, britische Pakistani könnten ausgewiesen werden, wenn sie sich nicht ordentlich benehmen, würde in Großbritannien als tiefe Beleidigung, ja, als illegale Handlung aufgefasst werden. Selbst rechtsextreme Graffitis wie „Paki go home“ sind von den Häuserwänden in Bradford verschwunden.

2003 wurde ein britischer Fußballfan einer Straftat bezichtigt. Während eines Tabellenspiels hatte der 21-jährige in einen Fangesang gegen die Anhänger der Mannschaft aus Oldham eingestimmt, in dem das Wort „Paki“ vorkam. Es war das erste Mal, dass rassistischer Gesang bei einem Fußballspiel als Gesetzesbruch geahndet wurde. „Es ist seltsam und eine Schande, dass die Dinge in diesem Land so liegen, aber der unerfreuliche Zusammenhang, in dem das Wort in aller Regel gebraucht wird, hat ihm eine herabwürdigende oder ethnisch beleidigende Bedeutung verliehen“, so der Richter. Ähnlicher Schutz wird den Türken in Kreuzberg nicht zuteil.

Im dritten Kapitel haben wir behauptet, die Staatsbürgerschaft sei für die Volksgruppen keine Zauberformel mehr. Zugegeben, sie kann dazu beitragen, extreme Alternativmöglichkeiten und aufgebrachte Gemüter im Fall „Mehmet“ zu beschwichtigen. Aber wir müssen neue Ausdrucksformen für den Begriff Zugehörigkeit finden. Tatsächlich kann der Begriff Staatsbürgerschaft den Blick auf die Dinge wirklich trüben. Das Gefühl einer Benachteiligung und Diskriminierung, das die jungen Pakistani in Manningham erfahren, wird durch die Farbe ihres Passes verstärkt: Sie sind Briten, haben die gleichen Rechte und dürfen wählen. Dennoch sind sie offenkundig schlechter gestellt als weiße Briten. Sie werfen dem Staat deshalb vor, sie in ihren Vorhaben zu behindern. Gespräche mit jungen Pakistani bei Kaffee oder Tee enden häufig mit Verschwörungstheorien über rassistische Bürokraten oder Politiker. Es gibt auch türkische Wut, aber sie äußert sich in anderer Form. Die Türken sind durch die restriktiven Staatsangehörigkeitsgesetze (sowie die erweiterten, liberaleren Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft) weitgehend von den politischen Verfahren in Deutschland ausgeschlossen, doch gerade deswegen bedürfen sie eines gewissen Schutzes. Da mit Ausnahme der Grünen keine Partei ihre Interessen vertritt und nur einbürgerte Deutsch-Türken wahlberechtigt sind, müssen andere Ausdrucksformen gefunden werden, um sie in der Gesellschaft zu verankern. Folglich wird mehr Energie darauf verwandt, über die Probleme der Türken nachzudenken als über die der Pakistani. Aus dem Filz aus Ausländerbeauftragten, Ausländerbeiräten und anderen staatlich geförderten Vermittlungsstellen, aus dieser seriösen, wohlmeinenden multikulturellen Konfusion heraus, wurde der türkischen Volksgruppe ein nahezu privilegierter Status zuteil. Die deutschen Behörden müssen sich eindringlich, mindestens jedoch deutlich sichtbar bemühen, die Kreuzberger Türken zu schützen; dies ist der paradoxe Preis für ihren Ausschluss aus der Staatsangehörigkeit. Wenn ein deutscher Pass den Weg in den Arbeitsmarkt nicht ebnet, hat er für den durchschnittlichen Kreuzberger Türken nur marginale Bedeutung. Benötigt wird ein formal anerkannter Teilstatus, den man im englischen Sprachraum „denizenship“ („funktionale Bürgerschaft“) nennt. Er würde den Türken zwar Arbeitsberechtigung,

Bleiberecht und gesellschaftliche Rechte verleihen, jedoch kein Wahlrecht oder Zugang zum öffentlichen Dienst. Vor zehn oder zwanzig Jahren wären die Kreuzberger Türken angesichts eines solchen Vorschlags empört gewesen, da er nach Staatsbürgerschaft zweiter Klasse riecht. Mittlerweile scheinen sie sich eher mit einer Lösung anzufreunden, die es ihnen erlaubt, schwierigen Fragen über Identität und Loyalität hintanzustellen. Es gibt zwar nur wenige Meinungsumfragen unter den Kreuzberger Türken, aber unsere vielen Gespräche weisen in eine Richtung: Ältere Türken wollen ihre Erbschaftsrechte im Vaterland nicht verlieren, jüngere Türken zeigen wenig Enthusiasmus, ihre Wehrpflicht bei der deutschen oder türkischen Armee abzuleisten. Der Status eines Nicht-Bürgers ist nicht so feindselig oder herabsetzend, wie es zunächst scheint. Er könnte eine Teilantwort auf die brennende Frage liefern, warum junge Pakistani in Bradford im Gegensatz zu den jungen Türken in Berlin randaliert haben. „Denizenship“, eine ‚halbe Staatsbürgerschaft‘, ist eine mögliche Form, die Tatsache anzuerkennen, dass die Gastarbeiter keine Gäste mehr sind, sondern Siedler. Die ältere Generation hat sich in Deutschland durch den Arbeitsplatz integriert. Mit dem Nachzug der Familien, in der zweiten und dritten Generation, hat sich die gesellschaftliche Verankerung auf Institutionen wie Schulen, Wohnungs- und Nachbarschaftsgemeinschaften verlagert. Auf kommunaler Ebene können Berlin und Bradford am meisten voneinander lernen. Und zwar mehr als nur Antworten auf die großen Fragen der nationalen Identität oder multikulturellen Ideologie. Es geht um einfache Eigeninteressen, und wir sind überzeugt, dass sie sich als der beste Motor für eine wirkungsvolle Integration erweisen werden.

Eine deutlich zur Schau getragene islamische Lebensweise ist für deutsche Kommunen eine Herausforderung. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über den islamischen Alltag in Deutschland, fühlen sich Muslime bei der Ausübung ihrer Religion in Deutschland unwohl. Deutsche sind andererseits misstrauisch gegenüber den Aktivitäten religiöser Gruppierungen. Die Errichtung von Moscheen, das Schlachten nach islamischen Riten und islamische Bestattungen sorgen in vielen Kommunen für Konfliktstoff. Probleme entstehen durch das Fasten während der Arbeit, das Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst und geistliche Betreuung in Krankenhäusern und Gefängnissen. In Berlin, wo christliche Gottesdienste und christliche Rituale wesentlich seltener in Erscheinung treten als in München oder Köln, werden die Spannungen besonders deutlich.

Die deutschen Berliner glauben häufig, die Anwesenheit von Türken im Klassenzimmer senke das Bildungsniveau. Die Schule zu wechseln ist nach dem deutschen System relativ kompliziert, der private Bildungssektor unterentwickelt. Die Folge ist an vielen Schulen (insbesondere in Kreuzberg) eine offene Feindseligkeit deutscher Eltern gegenüber türkischen, oder aufgezwungene kooperative Konzepte.

Wie heben wir das Sprachniveau türkischer Kinder, sodass die Klasse den Lehrplan erfüllen kann? Der kooperative Ansatz hat Verbreitung gefunden. Dass er auf falschen Voraussetzungen beruht (eine Übermacht türkischer Kinder in einer Klasse ist nicht unbedingt ausschlaggebend für einen Leistungsabfall), ist irrelevant. Deutsche und Türken nehmen allmählich gemeinsame Probleme wahr und diskutieren sie. Der Staat spielt eine wichtige Rolle, insbesondere wenn er auf obligatorische Sprachprüfungen für alle Bürger besteht. In Hessen hatte man eine gute Idee: In dem neuen Projekt „Frühstart“ erhalten Einwandererkinder mit Deutschkursen und interkulturellem Unterricht erstmals einen Vorgeschmack in eine frühzeitige Integration. Kindergärtnerinnen erhalten zusätzliche Schulung in Sprach- und interkulturellem Unterricht. Aber das Projekt basiert zu einem großen Teil auf privater Förderung, knapp

€ 500.000. Wir sollten über Wege und Möglichkeiten nachdenken, wie man mit teils staatlicher, teils privater Förderung Kontinuität in der Ausbildung garantieren kann.

Der Katalysator für ein verbessertes Verhältnis zwischen Türken und Deutschen, Pakistani und ihren weißen britischen Nachbarn, ist das aufpolierte Image ethnischer Gruppierungen. Dies macht Saskia Sassens „Siedler“-Idee so hilfreich. Sie richtet die Wahrnehmung von Minderheiten als Belastung oder parasitäres Element auf die Wahrnehmung einer positiven, tatkräftigen Säule der Gesellschaft. Hinsichtlich der Assimilation oder Integration von Minderheiten haben wir die Meinung vertreten, dass die Ermutigung zu individuellen Unternehmungen Vorzug vor staatlichen Interventionen genießen sollte. Zu einem gewissen Grad sind Eingriffe des Staates unvermeidlich – und zwar nirgendwo mehr als in der Image-Entwicklung. Wir sind unter den weißen Einwohnern Manningshams und Kreuzbergs auf bemerkenswerte Unwissenheit gestoßen. Fragen über islamische Institutionen, Aktivitäten in Moscheen oder anderen geschlossenen religiösen Kreisen werden nur zögerlich gestellt. Es ist die Aufgabe der nationalen und regionalen Medien, diese Mauern zu durchbrechen.

Die BBC und ihre Mitbewerber haben einen Anfang gemacht: Sie spiegeln ethnische Vielfalt auf eine Weise wider, die noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen wäre. Das aus öffentlichen und privaten Fernsehsendern bestehende Cultural Diversity Network (Netz für kulturelle Vielfalt) hat sich in Bezug auf ethnische Minderheiten konkrete Zielvorgaben gesetzt. Britische Asiaten tauchen heute in jeder Seifenoper, jeder Krimiserie (tendenziell jedoch eher als Verbrecher) und als Nachrichtensprecher und Berichterstatte auf. Wir sind zwar skeptisch, was die Einführung von Quoten und speziellen Personalplänen sowie ein ‚Marketing‘ für ethnische Vielfalt im Stile eines ‚Cool Britannia‘ betrifft, doch das britische System ist effektiver als das planlose Werben um die Türken im deutschen Fernsehen. Nur eine Nachrichtensprecherin türkischer Herkunft ist für einen kleineren Sender tätig, aber man sieht keine türkischen Reporter auf dem Bildschirm, und ebenso wenig Sportreporter, Chefredakteurinnen, Talkshow-Moderatorinnen oder Kommentatoren. Nur drei Nischen haben sich geöffnet: Musik- und Jugendprogramme, Comedy und Kino. Und selbst in diesen kleinen Segmenten elektronischer Medien ist die öffentliche Akzeptanz brüchig. Der Hamburgisch-Türkische Regisseur Fatih Akin wurde 2004 auf der Berlinale für seinen Film „Gegen die Wand“ mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet. Darin geht es um eine junge Türkin in Deutschland, die aus ihrer konservativen Familie ausbricht und einen türkischen Alkoholiker heiratet. Der Film wurde von der deutschen Kritik zum Triumph der deutschen Filmproduktion hochgelobt. Die über den türkischen Erfolg sichtlich unglückliche Boulevardpresse denunzierte daraufhin Sibel Kekilli, die Hauptdarstellerin des Films, die früher in Pornofilmen mitgewirkt hat. Vier Tage in Folge verurteilte die BILD-Zeitung die Darstellerin, informierte ihre schockierten Eltern, spürte Menschen auf, die zu ihr hielten und verlor dann das Interesse. Natürlich wurde jedem Artikel ein ausdrucksstarkes Foto aus ihrer Porno-Vergangenheit beigefügt. Und selbstverständlich hat dies Kekillis Vorbildfunktion für andere junge Türkinnen nicht gerade erleichtert. Akin seinerseits wird wütend, wenn seine Filme, wie kürzlich auf einer Pressekonferenz geschehen, auf das Gastarbeiter-Thema reduziert werden. „Der Begriff ‚Gastarbeiter‘ existiert in meinem Wortschatz nicht mehr.“

Es gibt innerhalb des deutschen Mediensystems sicher Spielraum, die Karriere deutscher Türken zu fördern. Das gesamte Staatsfernsehen basiert auf einem regionalen Quotensystem und politischen Gewichtigungen. Häufig entscheidet das Parteibuch eines Journalisten, ob er oder sie auf einen bedeutenden Posten ins Ausland geschickt wird. Die

Idee, das Quotensystem auch auf ethnische Minderheiten anzuwenden, wird von den Intendanten ausgeschlossen. „Es hätte den gegenteiligen Effekt – deutsche Zuschauer würden die Bevorzugung ausländisch aussehender Berichterstatter ablehnen, und eine feindliche Einstellung gegenüber Ausländern würde noch verstärkt“, erklärt ein hochrangiger Fernsehjournalist. Wir sind anderer Meinung. Vorbilder sind von essentieller Bedeutung; sie mögen zwar künstliche Konstrukte sein, doch jede entwickelte Gesellschaft mit einem Einwandereranteil akzeptiert das Bedürfnis nach Helden und Heldinnen, die sich nach oben kämpfen.

Vorbilder

Shazia Mirza, britisch-pakistanische Komikerin („Ich bin orthodoxe Pakistani mit westlichen Zügen“) bekämpft gesellschaftliche Tabus auf der Bühne: „Ich heiße Shazia Mirza, so steht es jedenfalls in meinem Pilotenschein.“ – Lustig? – „Es gibt kein besseres Anzeichen für Integration als die Fähigkeit, übereinander und unsere Unterschiede lachen zu können“, sagt die in Birmingham geborene 28-jährige Ex-Lehrerin.

Vural Öger, 61, Gründer von „Öger-Tours“ („Ich habe ein großes türkisches Herz, aber ich bin Teil dieser Gesellschaft“) liefert das Exempel einer türkisch-deutschen Unternehmer-Erfolgsgeschichte. Als Wahlkampfhelfer der deutschen Sozialdemokraten und Mitglied der Einwandererkommission 2000 verfolgt er eine Zuwanderungspolitik, die auf Integration setzt und ermutigt Türken, sich sozial, politisch und wirtschaftlich zu engagieren. „Die Ghettoisierung ist furchtbar. Es ist für beide Seiten gefährlich, wenn die Einwanderer sich von der deutschen Gesellschaft fernhalten.“

Feridun Zaimoglu, 40, türkisch-deutscher Schriftsteller, der den Straßenslang ‘Kanak Sprak’ in den kulturellen Mainstream eingeführt hat („Ich bin ein gebildeter Kanakster“) sieht die Sprache als Schlüssel zur Integration. „Gebt eure Wurzeln nicht auf“, appelliert er an die türkischen Jugendlichen. „Aber vergesst nicht, die deutsche Sprache zu lernen.“ Der Sohn türkischer Gastarbeiter kam im Alter von sechs Jahren nach Deutschland.

Auch die Medien sind für das Selbstverständnis innerhalb ethnischer Gemeinschaften entscheidend. Wie sehen wir uns selbst? Was verbindet uns? Die Spaltungen innerhalb der ethnischen Volksgruppen haben wir bereits diskutiert – den Bruch zwischen den Generationen, die soziale Atomisierung, die den Moscheen und Imamen in Kreuzberg und Manningham einen höheren Stellenwert verleihen. Fremdsprachige Medien, allen voran der Rundfunk, können dazu beitragen, diese Spaltungen zu überwinden. In Berlin zielen der türkischsprachige Sender „Metropol FM“, das mehrsprachige Rundfunkprogramm „Multi-Kulti“ und diverse Musikkanäle auf eine Zuhörerschaft in türkisch-deutschen Familien. Türkisches Fernsehen ist ebenfalls im Angebot, aber es hat nicht den gleichen Einfluss wie die lokal orientierten Medien. Die Haushalte in Manningham schalten ihr Radio auf die Frequenz von Bradfords „Sunrise Radio“ (Programme in Englisch, Hindu, Urdu, Gujarati und Bengalisch). Der asiatische Zeitschriftenmarkt in Bradford scheint sehr viel weiter entwickelt als der türkische in Kreuzberg.

Hinsichtlich der ethnischen Medienszene haben wir jedoch den Eindruck, dass der Rundfunk das bedeutendste Integrationsinstrument darstellt, da er Frauen und Kinder

erreicht. Mütter sind der Weg zu einer besser angepassten Gemeinschaft. Die Kinder in den Einwanderer-Gemeinden haben stets als Übersetzer fungiert. Die Sprachkompetenz, die sie in der Schule erwerben, übersteigt rasch die Fähigkeiten ihrer Eltern. Wir trafen ein 13-jähriges türkisches Mädchen, das versuchte, seinem Vater ein Steuerformular zu erklären. Die Verbindung Mutter-Kind ist jedoch prädestiniert, der Selbstabschottung der Familien ethnischer Minderheiten ein Ende zu bereiten. Der Schlüssel hierzu liegt in der Sprache und dem gesellschaftlichen Aufstieg. Hier, so scheint uns, hat Kreuzberg im Vergleich zu Manningham die Nase vorn. Tagsüber stattfindende Sprachkurse für junge türkische Mütter in Kreuzberg offerieren außerdem Kinderbetreuung im gleichen Gebäude. Das Programm der Volkshochschule ist auf intelligente Weise auf die Ansprüche und zeitlichen Beschränkungen arbeitender Mütter ausgerichtet – ein komplexes Unterfangen in einer Gesellschaft, in der Schulen schon um 13 oder 14 Uhr schließen.

Semra, eine 23 Jahre alte türkische Mutter, die mit 17 in einer arrangierten Ehe gefangen war, arbeitet in einem Kreuzberger Café, während ihre beiden Kinder, drei und vier Jahre alt, in einen örtlichen Kindergarten gehen. „Ich war zu jung. Ich wusste nicht, was ich tat“, sagt sie über ihre Ehe, die vor einem Jahr geschieden wurde. Der so genannte zweite Bildungsweg – ursprünglich für Kriegsheimkehrer gedacht, die sonst keine Chance zu einem Ausbildungsabschluss gehabt hätten – gab ihrem Leben eine neue Richtung. „In zwei Jahren habe ich mein Fachabitur“, sagt Semra und stellt zwei Latte Macchiato auf einen Tisch, an dem zwei junge Mädchen sich mit einem Textmarker durch einen Kopienstapel arbeiten. „Und wer weiß, vielleicht werde ich danach sogar studieren – wie die meisten meiner Gäste und Kolleginnen hier.“

Fahrschulen bieten Führerscheinkurse in türkischer Sprache für Frauen an. Einige haben zusätzlich sogar Kinderbetreuung im Angebot. In Manningham haben wir Fahrschulen mit Kursen in Urdu gefunden. Doch das konservativere Klima, so glauben wir festgestellt zu haben, beschränkt die Möglichkeiten der potentiellen Fahrerinnen: Eine orthodoxe Muslima müsste von einer Lehrerin unterrichtet werden, da es für viele Pakistani in Manningham undenkbar ist, dass eine verheiratete Frau mit einem fremden Mann auf kleinsten Raum ‚eingesperrt‘ ist. Wir konnten zwar keine zuverlässigen Statistiken finden, aber unser visueller Eindruck war, dass in Kreuzberg mehr Muslimas Auto fahren als in Manningham. Die meisten nutzen ohnehin die öffentlichen Verkehrsmittel (die, was wichtige Verbindungen betrifft, in Berlin natürlich besser sind als in Bradford).

Schulpflegschaften werden zu einer entscheidenden Brücke zwischen ethnischen Gruppierungen und der Gesellschaft der Gastgeberländer. „Eigentlich bringen sie aber nichts Gemeinsames zustande“, sagt eine Lehrerin an einer Kreuzberger Schule. „Die Deutschen versammeln sich in der einen, die Türken in der anderen Ecke, und jeder hat sein eigenes Anliegen.“ In Manningham hörten wir ähnliche Resümees. Dennoch scheint uns, man sollte Schulen in Bradford und Berlin ermutigen, Menschen einzustellen, die Urdu und Türkisch sprechen, um Ansprechpartner zwischen Schule und Eltern zu installieren. Für solche Mittler wäre es einfach, Mütter aus Einwandererfamilien anzurufen, ihre Anliegen in Erfahrung zu bringen und sie zu ermutigen, z.B. an Elternabenden oder anderen Schulveranstaltungen teilzunehmen. Das Ziel müsste darin liegen, Raum für gemeinsame kreative Eigeninitiative zu schaffen. Wir denken beispielsweise an Aktionen, in denen türkische und deutsche Eltern ihre Keller ausmisten, um durch den Verkauf abgelegter Klamotten Neuanschaffungen für die Bibliothek zu finanzieren.

Dies sind zwar Mikro-Themen, aber sie lenken den Blick auf ein zentrales Problem beim Aufbau von Vertrauen zwischen den Gruppierungen. Die Behörden verfügen nicht über sinnvolle Mittel, die ethnischen Konzentrationen in Bradford oder Berlin aufzubrechen. Ghettos sind in einer demokratischen Gesellschaft selbst gewählt. In einigen Fällen beschränken Miet- und Grundstückspreise die Mobilität der Einwanderer; zuweilen gibt es Versuche, Umzüge in wohlhabendere Gegenden zu unterbinden. Doch jede staatlich verordnete Maßnahme, die dazu dienen soll, die Bevölkerung gleichmäßig zu verteilen, ist zum Scheitern verurteilt. Das so genannte 'bussing' (Schulkinder eines Bezirks werden per Bus in Schulen eines entlegeneren Stadtteils gefahren) stellt keine Lösung dar und schafft neue Spannungen. Der Lösung liegt darin, die Menschen zu überzeugen, dass die Stadt sich um einen Stadtteil und die Zukunft der darin Lebenden Gedanken macht. Dies bedeutet gezielte Investitionen, und nicht zuletzt ein klar bewiesenes Vertrauen in die jüngere Einwanderer-Generation. Fantasievolle Spielplätze und frisch gestrichene Kindergärten sind ein kleiner, nahe liegender Schritt. Manningham und Kreuzberg mangelt es an beidem; die Schuld wird den ausgedünnten kommunalen Haushalten gegeben. Auch der Polizei stehen Wege offen, in diesem Prozess eine Rolle zu spielen. Zusammenarbeit mit Vertretern der Moscheen, Sozialarbeitern oder Angehörigen der türkischen Gemeinden helfen, Vertrauen aufzubauen. Der Staat sollte die Vernetzung innerhalb der Einwanderer-Gemeinden vorantreiben. Das türkische Branchenverzeichnis ist in Berlin erfolgreich, es könnte weitere Projekte nach sich ziehen, bei denen Türken Informationen und Erfahrungen untereinander austauschen.

Cross-Over-Konzepte reißen Schranken nieder

Britisch-asiatische Restaurantbesitzer haben ihre Speisekarten erfolgreich an den britischen Gaumen angepasst. Chicken Tikka Masala wird in einer milderer Version, 'halbscharf', serviert.

Der deutsch-türkische Döner wird im Brotteig mit Salat und Soße serviert – fertig zum Mitnehmen. Die effektivste Konkurrenz zu McDonald's.

Emel Algan ersann ein stoffliches Cross-Over-Modell. Die 43 Jahre alte Mutter von sechs Kindern und Vorsitzende des islamischen Frauenvereins in Berlin entwirft Hüte, die Haare, Ohren und Hals bedecken: modische Alternativen zum muslimischen Kopftuch, mittlerweile auch von modebewussten Nicht-Muslimas geschätzt.

Deutschland kann von Großbritannien lernen, die Gesellschaft zu deregulieren, und zwar auf eine Weise, die nach oben und außen strebende Mobilität ermutigt. Ayfer Durur: „Ohne einen Meisterbrief kann man keinen Friseursalon aufmachen. Natürlich kann man einen Laden mieten, aber man wird nie die amtliche Genehmigung zum Betrieb erhalten.“ Glücklicherweise hat Ayfer einen Meisterbrief – den krönenden Abschluss einer zwei- bis dreijährigen Ausbildung und einer strengen Abschlussprüfung. „Viele Türken kommen gar nicht so weit, den Meister zu machen. Nicht, weil sie schlecht arbeiten, sondern weil sie zu viele Fehler in schriftlichen Prüfungen machen. In Großbritannien ist das anders – die Bank fragt, wie viele Stammkunden man von seinem vorherigen Arbeitsplatz mitbringt. Wenn man einen großen Stammkundenkreis hat, hat man ihr Vertrauen gewonnen. Schließlich würde kein Kunde ein zweites Mal zu einem Friseur gehen, der einem die Kopfhaut versengt hat.“

Britische Bildungsreformer bewundern das deutsche Ausbildungsmodell, die sorgsame Absicherung des Handwerks. In einer schnelllebigen großstädtischen Gesellschaft vermässelt jedoch die Notwendigkeit, sich durch die Schlupflöcher des dualen Ausbildungssystems zu lavieren, die Dienstleistungswirtschaft – und diskriminiert Türken durch zu hoch geschraubte Anforderungen bei schriftlichen Prüfungen. Wir würden einen differenzierteren, weniger bürokratisch verstopften Ansatz befürworten, der die Entwicklung kleinerer Unternehmen unterstützt. Die Rahmenbedingungen des Meisterbriefs ließen sich wahlweise auf islamische Traditionen ausdehnen – ein Metzger könnte beispielsweise nach den Vorgaben des 'halal' ausgebildet werden; Konditoren sollten die Möglichkeit haben, sich auf türkische Delikatessen zu spezialisieren. Jede Handelskammer sollte Ansprechpartner haben, die sensibel mit kulturellen Themen umgehen können.

Von diesen Veränderungen würden nicht nur die Türken, profitieren, sondern die gesamte deutsche Gesellschaft. Jeder türkische Kaufmann benötigt einen Gewerbeschein. Angehörige der EU erhalten diese Genehmigung nahezu automatisch; Türken nicht. Dies erzeugt für Wut und den Argwohn, die ausstellenden Behörden könnten die deutsche Konkurrenz bevorzugen.

Das einen Modernisierungsprozess durchlaufende Deutschland kann einige bürokratische Hemmnisse beseitigen, die Türken behindern. Man braucht nicht lange nach Vorbildern zu suchen: Bradford hat in mehreren wirtschaftlichen Bereichen Flexibilität bewiesen. Es bedarf keiner langen Suche nach Rechtfertigung. Die Berliner Türken haben als Unternehmer eine lange Tradition. Beseitigt man die Hindernisse, können sie ernstzunehmende Arbeitgeber von Deutschen werden und helfen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. In der Gastronomie und anderen Dienstleistungsbereichen findet dies bereits statt.

1965 sagte Max Frisch: „Wir riefen Arbeiter, doch es kamen Menschen. Sie verzehren nicht unseren Wohlstand, sie sind im Gegenteil selbst ein wichtiger Teil davon.“

Die Integration ethnischer Minderheiten bleibt eine zentrale Aufgabe; ein Prüfstein für die Frage, ob die britische und deutsche Gesellschaft tatsächlich offen ist oder in einem Korsett aus Vorurteilen feststeckt. In einer Europäischen Union ohne Grenzen sollten unseres Erachtens auch einige unsichtbare innerstädtische Grenzen niedergerissen werden. Ist ein Pakistani in Manningham besser dran als ein Türke in Kreuzberg? Fragen wir uns doch in zehn Jahren noch mal.